

Zwischenbericht 2006

Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen



Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Im September 2006
www.im.nrw.de/verfassungsschutz



Inhalt

1	<i>Entwicklungstendenzen</i>	3
1.1	Rechtsextremismus.....	2
1.1.1	Rechtsextremistische Parteien.....	3
1.1.2	Neonazis.....	4
1.1.3	Schwächung der rechtsextremistischen Szene	4
1.2	Linksextremismus.....	6
1.2.1	Linksextremistische Parteien	6
1.2.2	Linksextremistische Beeinflussung von Kampagnen.....	7
1.3	Ausländerextremismus	7
1.3.1	Linksextremistische türkische Organisationen.....	7
1.3.2	Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) – Vertretung der Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)	9
1.3.3	Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).....	10
1.4	Islamismus.....	11
1.4.1	Antiterrorkampf	11
1.4.2	Eskalation im Nahen Osten	12
1.4.3	Karikaturenstreit.....	13
1.4.4	Rechtsextremistischer und Islamistischer Antisemitismus	13
1.4.5	Strafprozesse und Urteile	13
1.5	Politisch motivierte Kriminalität	14
1.5.1	Gesamtentwicklung.....	14
1.5.2	Phänomenbereiche	14
1.5.3	Extremistische Straftaten	16
1.5.4	Internationale Bezüge	16
1.5.5	Themenfelder	16
1.5.6	Herausragende Sachverhalte	18
1.6	Bericht des Justizministeriums	19
1.6.1	Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten	19
1.6.2	Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten	19
2	<i>Bilanz der WM 2006 für Rechtsextremisten: Keine Chance</i>	20
3	<i>Quo vadis PDS?</i>	24
4	<i>Steht Sri Lanka vor einem neuen Bürgerkrieg?</i>	29
5	<i>Der transnationale islamistische Terrorismus: Ursachen und Entwicklungen</i>	38
6	<i>Jugendkongress "Wir im Revier: für Demokratie – gegen Rechtsextremismus"</i>	47
7	<i>Wirtschaftsschutztagung in Nordrhein-Westfalen</i>	51

1 Entwicklungstendenzen

1.1 Rechtsextremismus

1.1.1 Rechtsextremistische Parteien

Die NPD verfolgt seit Jahren Bündnisbestrebungen mit anderen rechtsextremen Gruppierungen, in Deutschland und auf europäischer Ebene. Aber bereits das schlechte Abschneiden der rechtsextremen Parteien bei der Landtagswahl 2005 in NRW und der Bundestagswahl 2005 erschütterte das "Volksfront-Bündnis" aus 'Nationaldemokratischer Partei Deutschlands' (NPD), 'Deutscher Volkunion' (DVU) und den so genannten 'Freien Kräften' und machte deutlich, dass die selbst ernannte "Volksfront von rechts" stark erfolgsabhängig ist.

Einen zweiten schweren Schlag erhielt das "Volksfront-Bündnis" bei den diesjährigen Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sowie der Kommunalwahl in Hessen. Die NPD selbst hält an ihrer "Volksfrontstrategie" fest, auch wenn sie mit diesen Wahlergebnissen ihre Erwartungen nicht als erfüllt ansah. Auch der Bündnispartner DVU betonte seinen Willen, den "Deutschlandpakt" mit der NPD fortsetzen zu wollen.

Im Gegensatz dazu steht das neonazistische Lager dem "Volksfront-Bündnis" nach wie vor gespalten gegenüber und die Niederlagen der vergangenen Wahlen lassen auch bei bisherigen Unterstützern in der Neonaziszene immer lauter werdende Zweifel an der "Volksfrontstrategie" aufkommen. Die weitere Unterstützung der NPD durch die "Freien" hängt damit wesentlich von den Erfolgen der Partei bei den kommenden Wahlen ab, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Sollten diese ausbleiben und daher auch keine Wahlkampfkostenerstattung an die Partei fließen (an der die "Freien" partizipieren wollen), könnten sich die Gemeinsamkeiten schnell auf Null reduzieren: Mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktionen sind die "Freien" schon lange nicht mehr auf die Partei und deren Parteienprivileg angewiesen.

Aktivitäten der NPD im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006

Die NPD hoffte – wie auch andere rechtsextremistische Gruppierungen –, das mit der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006 verbundene Medieninteresse als Bühne für ihre politisch motivierte Propaganda ausnutzen zu können. In diesem Zusammenhang meldete sie eine Kundgebung für den 10. Juni 2006 in Gelsenkirchen unter dem Motto "Arbeit für Millionen, statt Profit für Millionäre" an. Die zunächst vom PP Gelsenkirchen verbotene und dann vom Bundesverfassungsgericht schließlich zugelassene Veranstaltung, an der lediglich 230 Personen teilnahmen, verlief friedlich. Allerdings kam es zu Ausschreitungen durch Gegendemonstranten. Bereits im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft kam es zu zwei Durchsuchungen der Parteizentrale der NPD in Berlin. Auslöser waren die von der NPD herausgegebenen WM-Planer. (siehe hierzu Kapitel 2 dieses Berichtes)

Europäische Nationale Front (ENF)

Die 'Europäische Nationale Front' (ENF) ist der Versuch verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien, auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten. Zunächst wurde im Oktober 2004 in Warschau eine ENF gegründet, an der sich die NPD nicht beteiligt. Zwischenzeitlich wurde in Konkurrenz zur ersteren eine weitere europäische Vereinigung mit gleichem Namen gegründet, die aus der NPD und spanischen, italienischen, rumänischen sowie griechischen Rechtsextremisten besteht, allerdings ohne Beteiligung osteuropäischer Gruppierungen.

Zur Beobachtung der Republikaner

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg hatte mit Urteil vom 6. April 2006 die Berichterstattung der Verfassungsschutzbehörde Berlin über die Partei 'Die Republikaner' (REP) im Verfassungsschutzbericht 1997 für rechtswidrig erklärt und die diesbezügliche Berufung des Landes Berlin zurückgewiesen.

Hintergrund dieser Entscheidung war die Erwähnung der REP unter anderem in dem Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik "Rechtsextremismus". Auch gegen die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln (neben der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht 1997) hatte der Landesverband der REP Klage beim Verwaltungsgericht (VG) Berlin erhoben, der das VG Berlin mit Urteil vom 31. August 1998 stattgab; insoweit wurde vor der Entscheidung des OVG das Verfahren von beiden Seiten für erledigt erklärt, da eine solche Beobachtung nicht stattfindet.

Wesentliche Aussagen der OVG-Entscheidung

Das OVG stellte unter anderem fest, dass nach dem Landesverfassungsschutzgesetz (LfVG) Berlin für die Berichterstattung – im Gegensatz zur Beobachtung – tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung nicht ausreichen. Die entsprechende Regelung im § 26 Satz 1 LfVG lautet: "Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet die Öffentlichkeit mindestens einmal jährlich über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 5 Abs. 2" Wegen des eindeutigen Wortlauts dieser Regelung müsse für die Aufnahme eines "Beobachtungsobjektes" in den Verfassungsschutzbericht positiv festgestellt sein, dass eine verfassungsfeindliche Bestrebung vorliegt. Damit erklärte das OVG eindeutig eine "Verdachtsberichterstattung" für unzulässig.

Das Urteil des OVG Berlin-Brandenburg ist auf Nordrhein-Westfalen nicht übertragbar. Nach dem Verfassungsschutzgesetz NRW ist eine Berichterstattung bereits bei Vorliegen eines Verdachts für eine verfassungsfeindliche Bestrebung zulässig (bei gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkten) und nicht erst – wie es das LfVG Berlin vorsieht – bei positiver Feststellung einer verfassungsfeindlichen Bestrebung.

Die REP haben bereits angekündigt, Klage wegen der Nennung im Verfassungsschutzbericht des Bundes zu erheben. Ob und inwieweit Klagen auch gegen Verfassungsschutzberichte weiterer Länder erhoben werden, bleibt abzuwarten.

1.1.2 Neonazis

Mit insgesamt zwölf Demonstrationen im ersten Halbjahr 2006 zeigten die Neonazis erneut ihren ungebrochenen Willen zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Die Themenpalette reichte von Bekundungen "Gegen staatliche Repressionen – Weg mit dem Paragraphen § 130 StGB" über "Nationale Souveränität erhalten Deutschland raus aus der EU" bis hin zu "Multi-Kultur abschaffen – Moscheebau stoppen". Schwerpunkte der Demonstrationen waren wieder einmal sozialpolitische Themen sowie die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der Polizei und der Justiz.

Die von dem bekannten Rechtsextremisten Jürgen Rieger für den 19. August 2006 in Wunsiedel alljährlich angemeldete Gedenkkundgebung für Rudolf Heß wurde wie 2005 vom Landratsamt Wunsiedel verboten. Das Verwaltungsgericht Bayreuth bestätigte die Entscheidung des Landratsamtes Wunsiedel mit der Begründung, es bestehe eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit, da eine Straftat drohe. Das Gericht stützte seine Entscheidung auf den 2005 neu gefassten § 130 Absatz 4 StGB, der die Verletzung der Würde der NS-Opfer unter Strafe stellt. Es sieht in der Durchführung der Veranstaltung die Gefahr der Verherrlichung des Nationalsozialismus. Im letzten Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag auf Zulassung der Veranstaltung zurückgewiesen. Die Prüfung der Neufassung des § 130 StGB werfe schwierige Rechtsfragen auf, die in einem Eilverfahren nicht zu klären seien.

Auch dieses Jahr wurde die Veranstaltung wieder verboten und blieb es trotz Anrufens des Bundesverfassungsgerichts. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht unter Bezug auf die Veranstaltung im Jahr 2007 darauf hingewiesen, dass bis dahin mit einer Entscheidung in der Hauptsache über die Veranstaltung 2005 zu rechnen sei; dahinter dürfe die Überlegung des Bundesverfassungsgerichts stehen, dann im

Rahmen einer Verfassungsbeschwerde den Absatz 4 des § 130 Strafgesetzbuch zu prüfen. Außerdem jährt sich der Todestag Hess' 2007 zum zwanzigsten Mal. In Nordrhein-Westfalen wurden im Zusammenhang mit dem Todestag vereinzelt Flyer verteilt und verklebt sowie Spruchbändern aufgehängt. Die drei bundesweiten Demonstrationen blieben im Gegensatz zu den Tausenden Demonstranten in Wunsiedel marginal: 500 Personen in Jena, 230 in Berlin und 100 in München.

Schwächung der rechtsextremistischen Szene

Bereits im letzten Jahr musste die revisionistische Szene einen deutlichen Rückschlag hinnehmen, nachdem mehrere führende Vertreter dieser häufig vom Ausland agierenden Szene in Deutschland inhaftiert worden waren. Eine deutliche Schwächung erfährt jetzt auch die Kölner Neonaziszene. Zwei ihrer führenden Aktivisten sind wegen Volksverhetzung beziehungsweise Körperverletzung seit kurzem inhaftiert.

Eine Schwächung erfährt die rechtsextremistische Szene jedoch nicht nur durch die zunehmenden Exekutivmaßnahmen von Polizei und Justiz. Auch das Aussteigerprogramm trägt nach wie vor dazu bei, Personen, die in der rechtsextremistischen Szene bisher verankert waren, aus dieser herauszulösen und ihnen den Einstieg ins bürgerliche Leben zu erleichtern. Die zunehmende Zahl der Ausstiegswilligen zeigt, dass sich das Verfahren bewährt hat, und führt zu einer nicht zu unterschätzenden Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene.

Wiederholte Hacker-Attacken auf rechtsextremistische Internetseiten

Seit Dezember 2004 wurden über 20 Hacker-Angriffe auf von Rechtsextremisten betriebene Internetseiten durch Antifa-Aktivisten bekannt. Hierbei wurden die Seiten regelmäßig optisch und inhaltlich verändert oder auch Daten entwendet und gelöscht. Betroffen war auch ein Versand aus Nordrhein-Westfalen. Die Auswertung der Kundendaten des "West-Versandes" aus Hamm ergab, dass 18 der 75 Besteller aus Nordrhein-Westfalen dem Verfassungsschutz bereits bekannt waren.

Die Vertriebs-Szene zeigt trotz der umfangreichen Störaktionen durch die Antifa ein weitgehend intaktes Selbstbewusstsein. So geht die Szene mit einer Kampagne "Schöner leben mit "Nazi"-Läden" in die Offensive und versucht, ihren Angehörigen aufzuzeigen, welche Versender sich für ihre politischen Interessen engagieren und bei welchen die kommerziellen Interessen überwiegen. Die hohe Rückmeldungquote der mit einem Fragebogen angeschriebenen Vertriebe zeigt, dass auch diese ein Interesse daran haben, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und ihre enge Szeneanbindung zu dokumentieren.

Auf die Vielzahl der Hacker-Attacken auf rechtsextremistische Onlineshops hat die Mehrzahl der Versender offensichtlich schnell reagiert. Einige Onlinevertriebe werben inzwischen sogar damit, dass keine Bestelldaten auf den Servern gespeichert werden.

Verwaltungsgerichtliches Verfahren der Wochenschrift "Junge Freiheit"

Beim Verwaltungsgericht Düsseldorf war erneut das Verfahren betreffend die Verfassungsschutzberichte 1994 und 1995 sowie weitere Klagen gegen den Verfassungsschutzbericht 2002 und den Zwischenbericht 2003 anhängig. Alle Verfahren wurden am 23. Juni 2006 vor dem Verwaltungsgericht im Wege des Vergleichs beendet. Beide Parteien erklärten unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsstandpunkte und bei gegenseitiger Kostenaufhebung die Verfahren für erledigt.

1.2 Linksextremismus

1.2.1 Linksextremistische Parteien

Die für die 'Linkspartei.PDS' in Nordrhein-Westfalen entscheidenden Entwicklungen erfolgten im Berichtszeitraum auf Bundesebene und in den neuen Ländern. Der Fusionsprozess mit der – als nicht extremistisch eingestuft und daher nicht vom Verfassungsschutz beobachteten – Partei 'Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative' (WASG) und die daraus resultierenden Konflikte, insbesondere in Berlin und in den neuen Ländern, standen im Vordergrund.

Der derzeit auf verschiedenen Ebenen sowohl in den Landesverbänden, auf Bundesebene und in der Linksfraktion im Deutschen Bundestag auch von außerhalb der Partei mit unterschiedlichen politischen Prägungen und Zielen beeinflusste Vereinigungsprozess wird wie folgt eingeschätzt:

- : Die 'Linkspartei.PDS' hat sich bisher in wesentlichen programmatischen Punkten durchgesetzt. Nach dem von ihr vertretenen "strategischem Dreieck" sind dies die grundsätzliche Bereitschaft, Regierungsverantwortung zu übernehmen ("Mitregieren und Mitgestalten"), die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen (Offenhalten eines Protestpotentials) und die über den Kapitalismus hinausweisende gesellschaftliche Perspektive eines künftigen Sozialismus.
- : Innerparteiliche Gegner der Politik, wie sie von der PDS in den Landesregierungen mitgetragen wird, werden ausgebremst; es wird versucht, Druck aufzubauen (zum Beispiel mit dem Szenario der Gefährdung des Fusionsprozesses) und den Fusionsprozess zu beschleunigen.
- : Fragen zur Vereinbarkeit der angestrebten Ziele mit den Kernaussagen des Grundgesetzes bleiben weiterhin offen, weil – in alter Tradition – widersprüchliche oder unterschiedlich interpretierbare Formulierungen gewählt werden. Die Strategie, mit diffusen Aussagen ein größtmögliches politisches Spektrum einschließlich eindeutig extremistischer Positionen anzusprechen, wird fortgesetzt.
- : Beide Parteiführungen nehmen es in Kauf, eigene Mitglieder und die Glaubwürdigkeit in Teilen der linken Szene zu verlieren. Dies geschieht für das Ziel, zum frühestmöglichen Zeitpunkt von einer neuen Linkspartei sprechen zu können.

Der Fusionsprozess mit seinen Inhalten und Verfahrensweisen wird – unabhängig von seinem Ausgang – für Jahre von prägender Bedeutung für die linke und linksextremistische Szene in Deutschland sein.

Einen neuen Beleg für die Zusammenarbeit von 'Linkspartei.PDS' mit Extremisten liefert die am 21. Juni 2006 veröffentlichte Bildung einer Fraktion von 'Linkspartei', 'Deutscher Kommunistischer Partei' und dem MLPD-beeinflussten Bündnis AUF im Rat der Stadt Essen.

Bei AUF handelt es sich um eine Vorfeldorganisation der 'Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands' (MLPD). Die MLPD propagiert den revolutionären Sturz der Diktatur des Monokapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus/Kommunismus. Beide Ziele schließen das Wirken für eine demokratische Gesellschaftsform aus.

Die sich revolutionär gebende 'Deutsche Kommunistische Partei' (DKP) hat nach mehr als 15-jähriger interner Diskussion am 8. April 2006 in Duisburg ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Auch darin hält sie am Ziel eines orthodox-kommunistisch geprägten Sozialismus/Kommunismus fest. Danach sind Fundament und politischer Kompass der DKP-Politik die von Marx, Engels und Lenin entwickelten Lehren des Marxismus-Leninismus. Die DKP will diese auf die "Bedingungen des Klassenkampfes in unserer Zeit" anwenden und zu ihrer Weiterentwicklung beitragen: "Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus". Das Programm verurteilt die Industriestaaten, namentlich die USA, die Staaten der EU und insbesondere Deutschland als imperialistisch. Der Sozialismus hingegen wird als Bruch mit der Geschichte der Ausbeutersysteme und als Etappe auf dem Weg zum Kommunismus beschrieben. Des Weiteren werden Möglichkeiten einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, insbesondere durch Bündnisse und Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen dargestellt. Die DKP sieht sich als revolutionäre Partei, deren Ziel der Sozialismus und letztendlich der Kommunismus ist: jene Gesellschaft, in der es keine Klasse mehr gebe und der Grundsatz "Jeder nach seine Fähigkeiten – jedem nach seinen Bedürfnissen" in die Tat umgesetzt sei.

Ob der Versuch erfolgreich sein wird, den unterschiedlichen innerparteilichen Auffassungen durch zum Teil abstrakte Formulierungen Rechnung zu tragen, bleibt abzuwarten. Nach den bisherigen Erfahrungen ist eher damit zu rechnen, dass die Debatte noch nicht beendet ist. Indiz ist zum Beispiel die Äußerung des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Chefredakteurs der Parteizeitung 'unsere zeit - uz' aus dem Mai 2006: "Als Heinz Stehr im Dezember 1989 im Parteivorstand über die Notwendigkeit zur programmatischen Erneuerung sprach, haben wohl die wenigsten unter uns sich vorstellen können, welch mühsamer, langwieriger, strittiger Prozess vor uns liegen würde.[...] Wir sind uns allerdings im Klaren darüber, dass die theoretische Debatte zu verschiedenen Fragen weitergeführt werden muss."

Weiteres Indiz dürfte auch das Abstimmungsverhalten sein: Das Parteiprogramm ist mit 115 zu 34 Stimmen bei zehn Enthaltungen beschlossen worden. Demgemäß stimmten mehr als 20% der Delegierten und damit ein für eine kommunistische Partei überaus hoher Anteil dagegen.

1.2.2 Linksextremistische Beeinflussung von Kampagnen

Die Aktivitäten der linksextremistischen globalisierungskritischen Szene sind weiterhin hauptsächlich auf die Vorbereitung von Protesten gegen den G8-Gipfel im Sommer 2007 in Heiligendamm ausgerichtet. Dazu hat es bereits verschiedene bundesweite Vorbereitungstreffen des in mehrere Lager gespaltenen linksextremistischen Protestspektrums gegeben, an denen sich bis zu 300 Personen beteiligten. Auch in die Vorbereitung der Protestaktionen anlässlich des Besuches des amerikanischen Präsidenten Bush war das linksextremistische Spektrum eingebunden.

Der Mobilisierung für Proteste gegen den G8-Gipfel diente auch ein "Camp Inski" benanntes zehn Tage dauerndes Treffen von bis zu 1.000 Personen Anfang August 2006. Ziel war es unter anderem, die Örtlichkeit des Gipfeltreffens kennen zu lernen und Kontakte in der Protestszene zu vertiefen.

Unbekannte Täter verübten in der Nacht zum 28. Juli 2005 in Hollenstedt (Niedersachsen) einen Brandanschlag auf das Dienstfahrzeug des Vorstandsvorsitzenden der 'Norddeutsche Affinerie' (NA). Damit stießen sie eine "breite, auch militante Kampagne" gegen den G8-Gipfel 2007 an. Im Zuge dieser Kampagne kam es zu einer Reihe von Brandanschlägen in Niedersachsen, Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein, in denen die Täter in ihren Erklärungen auch auf den G8-Gipfel 2007 Bezug nahmen. Zuletzt verursachten bisher unbekannte Täter mit einem Brandanschlag auf ein Autohaus in Berlin-Mitte etwa 150.000 € Sachschaden. In Nordrhein-Westfalen ist das Interesse der linksextremistischen Szene an einer Beteiligung an den Vorbereitungsveranstaltungen für die Gipfelproteste bisher gering.

1.3 Ausländerextremismus

1.3.1 Linksextremistische türkische Organisationen

Die in mehrere Organisationen zersplitterte türkische Linke ist in NRW durch Einzelaktionen in Erscheinung getreten. Vor allem Ereignisse mit Bezug zur aktuellen innenpolitischen Situation der Türkei boten Anlass für Aktivitäten linksextremistischer türkischer Organisationen.

Für die 'Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front' (DHKP-C) ist erneut das Thema des so genannten "Todesfasten" von zentraler Bedeutung. Der Protest gegen die Inhaftierung in Einzelzellen anstelle der bisherigen Großraumzellen für teilweise bis zu 100 Insassen forderte am 7. Januar 2006 das 121. Opfer. Dies löste kleinere Protestbekundungen aus, unter anderem am 9. Januar vor dem Landtag in Düsseldorf mit zehn Teilnehmern. In mehreren deutschen Städten, unter anderem Duisburg und Köln, wurde mit Spruchbändern auf den Todesfall aufmerksam gemacht.

Mit einer Demonstration am 17. Juni 2006 in Köln erinnerte die 'Türkische Kommunistische Partei' (TKP) an die Tötung von 17 Funktionären der 'Maoistischen Kommunistischen Partei' (MKP) bei Zusammenstößen mit türkischen Sicherheitskräften am 18. Juni 2005 in Dersim, in der Nähe der Stadt Tunceli.

Zunehmend häufiger nehmen sich die linksextremistischen türkischen Organisationen auch sozialpolitischer Themen der deutschen Politik an. Hierbei ist festzustellen, dass es sowohl bei einzelnen Fragen der Außenpolitik als auch bei dem Widerstand gegen so genannte "deutsche Rechte" Übereinstimmungen mit Gruppierungen der deutschen Linken gibt. So kam es am 18. März 2006 in Duisburg zu einer gemeinsamen Demonstration unter dem Motto: "Stoppt die Kriegsvorbereitungen gegen Iran! Stoppt die US-Kriege! Keine deutsche, keine europäische Unterstützung!". An der friedlichen Demonstration nahmen circa 150 bis 200 Personen teil.

Der 1. Mai ist traditionell auch für die linken türkischen Gruppierungen ein Anlass, die eigenen politischen Positionen zu propagieren: Im Vorfeld des 1. Mai-Feiertages wurden am 29. April in Köln Plakate mit folgendem Wortlaut festgestellt: "Am 1. Mai, gegen imperialistische Besatzung, Sozialkassenschlag und Antiterrorgesetze – auf die Straße". Die Plakate, in deutscher und türkischer Sprache verfasst, wiesen die 'Marxistisch Leninistische Kommunistische Partei der Türkei' (MLKP) als Verfasser auf.

Aktuelle Entwicklungen im KONGRA-GEL

Eskalation der Gewalt in der Türkei

Nachdem es im Jahr 2005 in der Türkei bereits zu mehreren Bombenanschlägen gekommen war, zu denen sich die 'Freiheitsfalken Kurdistans' (TAK) bekannt haben, setzte sich diese Entwicklung auch im 1. Halbjahr 2006 fort. Die TAK bezichtigt sich auf ihrer Homepage oder in E-Mails an Nachrichtenagenturen der Urheberschaft für eine Vielzahl von Vorfällen. Ob die Aktionen tatsächlich alle der TAK zugerechnet werden können, bleibt offen. Besonders hervorzuheben ist der Ausbruch eines Brandes in den Frachterminals des Atatürk-Flughafens in Istanbul am 24. Mai sowie die Detonation in Manavgat (Antalya), einem wichtigen Ort des türkischen Tourismus, am 25. Juni. In beiden Fällen bekannte sich die TAK als Verursacher, obwohl von türkischen Behörden technische Ursachen angegeben worden sind. Eine Steuerung der TAK durch den KONGRA-GEL wird weiterhin bestritten und ist bisher nicht nachweisbar.

Medienberichten zufolge wurden bei mehreren Bombenanschlägen in der Türkei eine Vielzahl von Personen verletzt und getötet. Wegen weiterer Anschläge hat das Auswärtige Amt am 29. Juni 2006 seine Sicherheitshinweise für die Türkei erneuert. Obwohl die Sicherheitsvorkehrungen im ganzen Land auf hohem Niveau sind, können weitere Vorfälle, insbesondere in Großstädten und Touristenzentren, nicht ausgeschlossen werden. Es ist festzustellen, dass sich die Spirale der Gewalt in der Türkei fortsetzt; inzwischen zeigt diese Entwicklung teilweise auch Wirkung in Deutschland, und zwar vorwiegend im Bereich der kurdischstämmigen Aktivisten aus der Jugendorganisation 'KOMALEN-CIWAN' (vormals 'TECAK').

Verschärfte Haftbedingungen für Öcalan und Reaktionen im Bundesgebiet

Zwischen dem 27. Dezember 2005 und 15. Januar 2006 unterlag Abdullah Öcalan verschärften Haftbedingungen. Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur 'Firat (ANF)' vom 14. Januar ließ die Jugendorganisation 'KOMALEN-CIWAN' verlauten, dass angesichts der gegen Abdullah Öcalan verhängten 20-tägigen Einzelhaftstrafe jegliche Aktionen der kurdischen Jugend "legitimiert" seien. In Deutschland kam es danach vermehrt zu gewalttätigen Aktionen, bei denen vermutet wird, dass es sich bei den Tätern um Angehörige oder Sympathisanten der Jugendbewegung des KONGRA-GEL handelt. So wurden mehrfach brennende Gegenstände auf Fahrbahnen geworfen.

Am 15. Januar zündeten Unbekannte auf einer Straßenkreuzung in Dortmund zwei Mülltonnen an. In unmittelbarer Nähe wurde ein Spruchband mit der Aufschrift „Haltung gegen ÖCALAN/Krieg oder Frieden“ entdeckt.

Außerdem wurde auf friedlichen Demonstrationen die Beendigung der "Isolationshaft" gefordert; unter anderem am 21. Januar in Köln (circa 165 Teilnehmer), Wuppertal (circa 60 Teilnehmer) und Duisburg mit circa 250 Teilnehmern.

Frühjahresoffensive der türkischen Sicherheitskräfte

Nachdem türkische Sicherheitskräfte am 24. März 2006 14 kurdische Guerillakämpfer bei Mus/Türkei getötet hatten, kam es im Zusammenhang mit der Beerdigung von vier der Getöteten im südosttürkischen Kurdengebiet um Diyarbakir zu den schwersten Straßenkämpfen zwischen türkischen Sicherheitskräften und vorwiegend kurdischen Jugendlichen seit mehr als zehn Jahren. Nach einer Pressemitteilung sind im Zuge dieser Unruhen drei Menschen getötet und 250 Personen verletzt worden. Es sollen 200 Festnahmen erfolgt sein.

Diese Ereignisse führten auch in Deutschland zu demonstrativen Aktionen. So kam es am 29. März in Duisburg zu einer Spontandemonstration von KONGRA-GEL Anhängern mit kurzzeitiger Besetzung einer Straßenkreuzung. Am 31. März (Duisburg) und 1. April (Köln) demonstrierten bis zu 500 Personen gegen den Vorfall in der Türkei und die Haftbedingungen Öcalans.

Strafverfahren gegen KONGRA-GEL Funktionäre

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wurde gegen den ehemaligen Regionsleiter Nord und den ehemaligen Gebietsleiter Bremen verhandelt. Mit Urteil vom 3. Februar 2006 wurde der ehemalige Regionsleiter Nord wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt. Der ehemalige Gebietsleiter Bremen wurde wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Ein weiteres Strafverfahren ist seit dem 2. Juni gegen einen vermeintlich hochrangigen Funktionär des KONGRA-GEL vor dem Oberlandesgericht Celle anhängig.

Großveranstaltungen

Bei mehreren Anlässen organisierten kurdische Veranstalter große Demonstrationen und Feste mit bis zu 15.000 Teilnehmern. Neben der alljährlichen Neujahrsfeier (Newroz-Feier), die in Frankfurt am Main rund 15.000 Anhänger anzog, fand am 24. Juni im Amphitheater in Gelsenkirchen das 3. Internationale Zilan-Frauenfestival statt. Die Veranstaltung unter dem Motto "Die Friedenssolidarität der Frauen gegen jede Art von Gewalt und Krieg" wurde von dem 'Kurdischen Frauenbüro für den Frieden e. V.' (Ceni) aus Düsseldorf veranstaltet. An der friedlichen Veranstaltung nahmen etwa 3.000 Personen teil. Im Vorjahr waren es noch ca. 3.500.

Großveranstaltungen im Zusammenhang mit dem KONGRA-GEL zeigen, dass die Veranstalter immer noch in der Lage sind, Tausende Kurden zu mobilisieren. Im Vergleich zu den Vorjahren nimmt das Mobilisierungspotenzial allerdings ab.

1.3.2 Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) – Vertretung der Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)

Nachdem die Teilnahme der iranischen Nationalmannschaft an der FIFA-WM 2006 in Deutschland feststand, gab es Hinweise auf mögliche Störaktionen des NWRI anlässlich der Spielveranstaltungen mit Beteiligung der iranischen Nationalmannschaft in Nürnberg, Frankfurt und Leipzig¹. So publizierte der Verein 'Aawa' aus Köln, der nach eigener Darstellung aus ehemaligen Mitgliedern der Volksmodjahedin besteht und sich aber heute deutlich von der MEK distanziert, in seinem Internetauftritt Warnungen zu möglichen terroristischen Aktionen von MEK-Anhängern, bis hin zu Selbstverbrennungen, während der Fußballweltmeisterschaft. Der dem NWRI nahestehende 'Verein für Gerechtigkeit – Solidarität gegen Spionage und Terror' (SGST) mit Sitz in Köln behauptete im Gegenzug, dass das iranische Regime, unter

¹Bei der WM 1998 in Frankreich konnten trotz der Sicherheitsvorkehrungen mehr als tausend Anhänger des 'Nationalen Widerstandsrates Iran' in das Stadion in Lyon eindringen und mit Transparenten und Fahnen gegen die iranische Regierung protestieren.

anderem mit Hilfe des Vereins 'Aawa' in Köln, Selbstmordattentäter zur WM nach Deutschland bringen will.

Besondere Brisanz erhielten die gegenseitigen Anschuldigungen noch durch die Ankündigung eines möglichen Besuchs der WM durch den iranischen Staatspräsidenten Mahmoud Ahmadinedschad. Für diesen Fall hatte der Deutschlandvertreter des NWRI ausdrücklich Proteste im Rahmen des deutschen Versammlungsrechts angekündigt.

Ob das Ausscheiden der iranischen Nationalmannschaft nach der Vorrunde, das personalisierte Kartenverkaufssystem für die WM-Spiele, das Fernbleiben Ahmadinedschads und/oder die besondere Aufmerksamkeit der deutschen Sicherheitsbehörden anlässlich der WM ursächlich waren, kann dahinstehen, jedenfalls kann im Nachgang der Fußballweltmeisterschaft festgestellt werden, dass organisierte Proteste seitens des NWRI außerhalb und innerhalb der Stadien ausgeblieben sind.

Bei mehreren kleinen Demonstrationen in Köln mit 30 bis 70 Teilnehmern waren der schon häufiger thematisierte Atomkonflikt mit dem Iran sowie Menschenrechtsverletzungen im Iran Gegenstand. Die öffentliche Resonanz blieb gering.

1.3.3 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Sowohl in Sri Lanka als auch in Europa hat sich die Lage für die LTTE im ersten Halbjahr 2006 negativ entwickelt. Nachdem sich Ende Februar 2006 die Regierung Sri Lankas und Vertreter der LTTE in Genf zu Friedensgesprächen getroffen hatten, verband sich damit zunächst die Hoffnung, dass das im Jahre 2002 vereinbarte Waffenstillstandsabkommen, das faktisch nur noch auf dem Papier existierte, wiederbelebt werden könnte. Die Hoffnung zerschlug sich jedoch sehr schnell, als die zweite Runde der Gespräche, die für den 24./25. April 2006 geplant war, von LTTE-Vertretern abgesagt wurde. Als Grund wurde die zunehmende Gewalt gegen ihre Mitglieder und die eingeschränkte Bewegungsfreiheit auf Sri Lanka genannt.

In der Folge kam es in Sri Lanka zu zahlreichen gewalttätigen Anschlägen auf militärische Ziele beider Seiten, aber auch auf zivile Ziele mit mittlerweile mehr als 300 Toten, wobei die Verantwortung beziehungsweise der Grund für die Anschläge jeweils der anderen Seite angelastet wird.

Die stetig eskalierende Gewalt in Sri Lanka war mit ein Grund, weshalb die EU die LTTE am 29. Mai 2006 auf die Liste der terroristischen Organisationen setzte. Eine Besonderheit ist, dass diese Listung mit einer politischen Erklärung verbunden wurde, die die Listung als nicht endgültig bezeichnet und die Rücknahme in Aussicht stellt, sollten die LTTE dauerhaft der Gewalt abschwören und sich erkennbar nachhaltig für den Friedensprozess einsetzen.

Zeitgleich zur Listung der LTTE durch die EU haben die Geberländer für Sri Lanka (EU, Japan, USA) beiden Konfliktparteien – also auch der Regierung Sri Lankas – angedroht, jegliche finanzielle Unterstützung einzustellen, sollte der Gewalt auf Sri Lanka kein Ende bereitet werden. Diese diplomatisch abgestimmte Anwendung von "Zuckerbrot und Peitsche" soll die sich immer rascher drehende Spirale der Gewalt aufhalten und – wenn möglich – umkehren.

Großveranstaltung in NRW

Aus Protest gegen die Listung fand am 29. Mai in Düsseldorf ein vom 'Tamil Coordination Committee' (TCC) angemeldeter Demonstrationszug durch die Innenstadt mit rund 3.000 Teilnehmern statt. Weitere öffentlichkeitswirksame Protestaktionen sind ausgeblieben. Dies mag damit zu tun haben, dass die Listung für die in NRW lebenden Tamilen im Alltag keine Auswirkungen hat.

1.4 Islamismus

Die hauptsächliche Bedrohung aus dem Bereich des Islamismus geht nach wie vor von transnationalen terroristischen Netzwerken aus. Die Anschlagversuche in zwei Regionalzügen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz am 31. Juli haben diese Bedrohung noch einmal verdeutlicht. Auch wenn darüber hinaus zur Zeit keine konkreten Anhaltspunkte für geplante Anschläge vorliegen, muss festgestellt werden, dass auch in Deutschland die hohe abstrakte Gefährdung jederzeit in eine konkrete Gefahr umschlagen kann.

Der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan und an anderen Orten in der islamischen Welt gemeinsam mit den westlichen Bündnispartnern ist für Islamisten, die den globalen Jihad gegen den Westen führen, weiterhin eine potentielle Motivation, neben Zielen anderer westlicher Staaten, allen voran die USA und Israel, auch deutsche Interessen anzugreifen. Vor allem während der Fußballweltmeisterschaft, die im Vorfeld zwar nicht als ein wahrscheinliches, aber eben doch als ein mögliches Ziel von Terroristen angesehen werden konnte, waren deshalb die Sicherheitsvorkehrungen entsprechend hoch.

1.4.1 Antiterrorkampf

Der transnationale Terrorismus zeichnet sich dadurch aus, dass er dezentral strukturiert ist und somit sehr flexibel auf veränderte Situationen reagieren kann. Die Führung der Al-Qaida besitzt eine Art "Richtlinienkompetenz" im Hinblick auf mögliche Anschlagziele, erteilt aber keine konkreten Befehle. Insgesamt ist die Hierarchie in den Netzwerken flach und weist ein hohes Maß an sozialer Durchlässigkeit auf. Dieses sowie die latente Aktivierbarkeit vorhandener Kontakte zu Gleichgesinnten, machen die Bekämpfung äußerst schwierig.

Das Internet spielt bei der Propaganda, der Kommunikation und der Vermittlung von militärischem Know-How eine wichtige Rolle. Auf etwa 4.000 bis 5.000 Seiten mit Bezug zum Jihad wird eine regelrechte Gegenwelt erzeugt, in der die mörderischen "Erfolge" der Jihadisten angeschaut werden können, ebenso wie Bilder von "Untaten" der "Kreuzzügler". Von Propaganda bis zu Anleitungen zum Bombenbau lässt sich nahezu alles, was Jihadisten dient, virtuell im world wide web finden.

Kurz vor dem Jahrestag der Bombenanschläge von London am 7. Juli 2005 kam ein Videoband in Umlauf, auf dem Shehzad Tanweer, einer der damaligen Selbstmordattentäter, die Anschläge als einen ersten Anfang bezeichnet und weitere ankündigt. Ayman al-Zawahiri, der Stellvertreter Osama bin Ladens, verkündet in dieser Videobotschaft, dass Tanweer und der Mitattentäter Mohammad Sidique Khan einige Zeit in einem 'Al-Qaida'-Trainingslager verbracht hätten. Damit widerspricht al-Zawahiri der These der Londoner Polizei, dass die Attentäter selbständig, ohne Lenkung durch 'Al-Qaida', gehandelt hätten. Die genauen Hintergründe bleiben aber immer noch ungeklärt.

Am Donnerstag, den 10. August, haben britische Anti-Terror-Spezialeinheiten offenbar unmittelbar bevorstehende Sprengstoffanschläge auf zahlreiche Passagierflugzeuge verhindert. Es wurde berichtet, dass vor allem Anschläge auf Flüge in Richtung USA geplant gewesen seien. Die Festnahmen waren das Ergebnis einer seit mehreren Monaten andauernden Operation der britischen Sicherheitsbehörden in enger Kooperation mit Behörden auf internationaler Ebene. Die Anschläge sollten mit Hilfe von flüssigem Sprengstoff, der in unverdächtigen Behältern im Handgepäck mitgeführt werden sollte, verübt werden. Zunächst wurden 23 Männer und eine Frau festgenommen, später noch eine weitere Person, die jedoch wieder freigelassen wurde. Ähnlich wie bei Attentätern der Anschläge vom 7. Juli 2005 handelt es sich bei den Festgenommenen überwiegend um Muslime, deren Vorfahren aus Pakistan stammen und bereits in der 2. oder 3. Generation in Großbritannien leben. Auch zum Islam konvertierte Briten sind unter den Festgenommenen zu finden. Gegen elf von ihnen wurde inzwischen Untersuchungshaft angeordnet. Diese Ereignisse führten zu einer Heraufsetzung der Terror-Alarm-Stufe in mehreren Ländern und zu erheblichen Beeinträchtigungen im internationalen Luftverkehr. Detaillierte Ergebnisse der Ermittlungen wurden seitens der britischen Sicherheitsbehörden bisher noch nicht bekannt gegeben.

Anfang Juni 2006 wurden Abu Musab al-Zarqawi, der Anführer von 'Al-Qaida im Zweistromland', und einige weitere Terroristen durch einen amerikanischen Bombenangriff in Bakuba im Irak getötet. Damit

endete der Terror der Jihadisten freilich nicht. Ein Nachfolger ist zwischenzeitlich bereits benannt worden.

Auch der Tod von Schamil Bassajew am 10. Juli 2006, der einer der wichtigsten Führer in der Tschetschenischen Separatistenbewegung und Planer verschiedener terroristischer Geiselnahmen war, darunter jene im Moskauer Dubrowka-Theater bei der Aufführung des Musicals "Nord-Ost" (Oktober 2002) und in einer Schule in Beslan (September 2004), ist als Schlag gegen den Terrorismus zu werten, auch wenn die Separatisten von einem Unfall beim Hantieren mit Sprengstoff sprechen.

Der Tod dieser wichtigen Terrorführer wird aller Voraussicht nach den Terrorismus nicht in die Knie zwingen. Hierzu müssten gleichzeitig auch die Ursachen, die immer wieder Menschen in die Arme solcher Organisationen führen, angegangen und abgestellt werden.

1.4.2 Eskalation im Nahen Osten

Der Wahlsieg der HAMAS bei den ersten palästinensischen Parlamentswahlen seit 1996 am 25. Januar 2006 – sie erreichte 76 von 132 Sitzen – leitete eine Eskalation der Gewalt im Nahen Osten ein. Die HAMAS beharrt weiterhin auf dem Recht des palästinensischen Volkes auf Freiheit und Unabhängigkeit sowie dem Rückkehrrecht aller Vertriebenen und auf der Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt. Im Juni drohten die Auseinandersetzungen zwischen der HAMAS und der früher regierenden 'Fatah', der auch Präsident Mahmud Abbas angehört, in einen Bürgerkrieg umzuschlagen. Nach Gesprächen unter ägyptischer Vermittlung schien die HAMAS schließlich bereit zu sein, Israel de facto ein Existenzrecht zuzugestehen. Die Verschleppung eines israelischen Soldaten in den Gazasteifen führte dann zum erneuten Einmarsch israelischer Truppen in dieses Gebiet. Mitte Juli eskalierte der Konflikt auch zwischen Israel und der 'Hizb Allah' im Libanon. Ein Überfall auf eine israelische Militärpatrouille im Grenzgebiet zu Israel und die Entführung zweier Soldaten im Libanon waren Anlass für massive Angriffe des israelischen Militärs gegen die Infrastruktur des Libanon.

1.4.3 Anschlagversuche in NRW

Am 31. Juli kam es zu Anschlagversuchen auf zwei Regionalzüge in NRW und Rheinland-Pfalz. Nachdem zunächst die vorhandenen Spuren und Hinweise ausgewertet wurden, konnte bereits am 19. August, einen Tag nach Beginn der Öffentlichkeitsfahndung, ein erster Tatverdächtiger in Kiel festgenommen werden. Hilfreich war dabei auch eine gute Zusammenarbeit der deutschen Sicherheitsbehörden mit libanesischen Stellen, denn bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen libanesischen Staatsbürger, der zu Studienzwecken 2004 nach Deutschland eingereist war. Vom 1. September 2004 bis zum 01. Februar 2005 war diese Person in Mülheim a.d.R. gemeldet und ist von dort nach Kiel verzogen. Auch eine zweite Person, die ebenso wie die erste auf Videoaufnahmen der auf Bahnhöfen installierten Überwachungskameras festgestellt werden konnte, ist kurz danach identifiziert worden. Diese Person, die Anfang 2006 ebenfalls zur Aufnahme eines Studiums aus dem Libanon nach Deutschland eingereist war und in Köln ihren Wohnsitz genommen hatte, hat sich daraufhin am 24. August im Libanon den Behörden gestellt. Aus dem Umfeld des ersten Festgenommenen wurde am 25. August eine dritte Person in Konstanz festgenommen. Im Zuge der Fahndungsmaßnahmen sind weitere Objekte u.a. in Oberhausen und Essen durchsucht worden. Die dabei vorläufig festgenommenen Personen wurden nach ihrer Vernehmung jedoch wieder entlassen.

Ein Bezug zwischen den Anschlagversuchen und einer islamistischen Organisation ist bisher nicht klar erkennbar. Mögliche Verbindungen der Familie eines der Festgenommenen im Libanon zu der in Deutschland seit dem 15. Januar 2003 verbotenen Organisation "Hizb ut-Tahrir" (Islamische Befreiungspartei - HuT) lassen nicht den Schluss zu, dass diese Organisation in die versuchten Anschläge eingebunden war. Auch für eine Einbindung anderer islamistischer Organisationen, wie z.B. der im Libanon beheimateten 'Hizb Allah', gibt es bisher keine Hinweise.

Die Ermittlungen ergaben, dass sich die beiden auf den Überwachungsvideos zu erkennenden Tatverdächtigen unmittelbar nach der Tatausführung in Richtung Libanon abgesetzt hatten. Der in Kiel Festgenommene ist aber Anfang August wieder nach Deutschland zurückgekehrt.

Die genaue Motivation für den Anschlagversuch liegt noch im Dunkel. Klar ist aber, dass man nach vorangegangenen Anschlagplanungen, u.a. gegen Restaurants und eine Synagoge in Düsseldorf und Berlin, die frühzeitig von den Sicherheitsbehörden aufgedeckt und verhindert wurden, diesmal nur sehr knapp einem Anschlag mit unabsehbaren Folgen entgangen ist.

1.4.4 Karikaturenstreit

Ein Thema, das im ersten Halbjahr 2006 weltweit Aufsehen erregte, war der Streit über die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen durch die dänische Zeitung 'Jyllands-Posten'. Während islamistische Kreise aber auch einige Regierungen in der islamischen Welt dieses Thema für ihre Zwecke nutzten und die muslimische Bevölkerung zu teilweise gewalttätigen Protesten aufhetzten, brachten die islamischen Verbände und die Muslime in Deutschland ihre Kritik an den Karikaturen sachlich vor. Die wenigen Demonstrationen hatten kaum nennenswerten Zulauf.

Dennoch hatte der Karikaturenstreit auch deutliche Auswirkungen in Deutschland. Ein junger fanatisierter Pakistaner aus Mönchengladbach wurde in Berlin bei dem Versuch festgenommen, den Chefredakteur einer deutschen Zeitung, die die Karikaturen nachgedruckt hatte, mit einem Messer anzugreifen. In der Haft beging er Selbstmord. Anlässlich der Beisetzung kam es zu wütenden antideutschen Demonstrationen in Pakistan, bei denen u.a. Puppen, die einen deutschen Politiker darstellten, verbrannt wurden. Einiges spricht dafür, dass der Karikaturenstreit auch ein Motiv – neben anderen – für die missglückten Anschläge am 31. Juli in den zwei Regionalzügen sein könnte.

1.4.5 Rechtsextremistischer und Islamistischer Antisemitismus

Aufgrund der anti-israelischen und anti-semitischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadineschad kam es zur Solidarisierung einiger rechtsextremistischer Kreise mit diesem und der Islamischen Republik Iran, dessen Fußballnationalmannschaft sich für die Fußball-WM 2006 qualifiziert hatte. Diese Solidarisierung führte in einigen Medien zu der Vermutung, dass Rechtsextremisten und Islamisten in Zukunft enger zusammenarbeiten könnten. Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit hierfür jedoch mehr als gering, da nicht nur kulturelle, religiöse und nationale Gegensätze dem entgegenstehen, sondern auch die Ansätze für den jeweiligen Antisemitismus durchaus verschieden sind.

1.4.6 Strafprozesse und Urteile

Am 12. Januar 2006 wurde im ersten deutschen Prozess wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland der irakische Kurde Lokman Amin Mohammed, genannt Lokman, vom Oberlandesgericht München zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Lokman seit 2002 Mitglied der islamistischen kurdischen Gruppierung 'Ansar Al-Islam' (AAI) gewesen ist. Er habe die AAI unter anderem durch das Sammeln von Geldern sowie die Beschaffung von technischem Gerät unterstützt. Darüber hinaus habe er mehrere Personen für den "Heiligen Krieg" im Irak rekrutiert.

Seit Anfang Mai 2006 findet vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf ein Prozess gegen drei mutmaßliche Angehörige beziehungsweise Unterstützer der islamistischen Terrororganisation Al-Qaida statt. Den Angeklagten wird außerdem vorgeworfen, gemeinschaftlichen Betrug und versuchten Betrug in mehreren Fällen sowie Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz begangen zu haben.

Außerdem hat das Bundesverwaltungsgericht durch Urteil vom 25. Januar das vom Bundesminister des Innern mit Wirkung vom 15. Januar 2003 erlassene Betätigungsverbot gegen die 'Hizb ut-Tahrir' bestä-

tigt. Diese hatte vor dem Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konflikts zur gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel und zur Tötung von Menschen aufgefordert und somit gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen.

1.5 Politisch motivierte Kriminalität

Für die Erfassung der Fälle Politisch motivierter Kriminalität (PMK) ist in Nordrhein-Westfalen der polizeiliche Staatsschutz zuständig. Die nachfolgenden Zahlen basieren auf einem Bericht des Landeskriminalamtes NRW (LKA).

1.5.1 Gesamtentwicklung

Deliktsqualität

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2006 wurden dem LKA insgesamt 2.044 Straftaten (einschließlich Versuche) gemeldet, die der Politisch motivierten Kriminalität zuzuordnen sind.

Bei 200 (9,8%) Straftaten handelte es sich um politisch motivierte Gewaltkriminalität (PMK-Gewalt); 1.180 (57,7%) Straftaten sind den Propagandadelikten gem. §§ 86, 86a Strafgesetzbuch (StGB) zuzurechnen.

Im Jahr 2005 wurden dem LKA im Vergleich dazu 1.788 Delikte gemeldet. Dies entspricht einem Anstieg um 14,3% (256 Delikte). Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Zahl der Körperverletzungsdelikte von 65 auf 145 (123,1%), der Propagandadelikte von 1.094 auf 1.180 (7,9%), der Beleidigungen von 65 auf 103 (58,5%) und der Verstöße gegen das Versammlungsgesetz von 78 auf 123 (57,7%) zurückzuführen. Prozentual hat der Anteil der Gewaltdelikte zu Lasten der Propagandadelikte leicht zugenommen. In jeweils einem Fall wurden dem LKA Ermittlungsverfahren gemäß §§ 129a und 129b StGB gemeldet.

Gewaltdelikte

92 (46,0%) der 200 bekannt gewordenen Gewaltstraftaten sind dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – rechts ("Rechts"), 86 (43,0%) dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – links – ("Links") und zehn (5,0%) dem Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität ("Ausländer") zuzuordnen. Zwölf (6,0%) Fälle konnten keinem der oben genannten Phänomenbereiche zugeordnet werden.

Im ersten Halbjahr 2005 wurden im Vergleich dazu 115 Delikte gemeldet. Dies entspricht einem Anstieg um 85 Delikte (73,9%). Die Zunahme resultiert gleichgewichtig aus den Anstiegen im Phänomenbereich "Links" von 43 auf 86 Delikte und "Rechts" von 57 auf 92 Delikte. 76 der Delikte aus dem Phänomenbereich "Links" (38,0%) und zwölf aus dem Phänomenbereich "Rechts" (6,0%) standen im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen.

1.5.2 Phänomenbereiche

Einteilung nach Phänomenbereichen

Von den 2.044 Fällen der Politisch motivierten Kriminalität entfielen 1.479 (72,3%) auf den Phänomenbereich "Rechts", 336 (16,5%) auf den Phänomenbereich "Links" und 44 (2,1%) auf den Phänomenbereich "Ausländer". 185 (9,1%) Fälle waren keinem der oben genannten Phänomenbereiche zuzuordnen.

In beinahe allen Phänomenbereichen gab es – zum Teil erhebliche – Steigerungen. "Links" von 196 auf 336 (71,4%) und "rechts" von 1.347 auf 1.479 (9,8%). Die Entwicklung im Bereich "Ausländer" ist ebenfalls ansteigend (+19). Bei den nicht zuzuordnenden Straftaten ist ein Rückgang um 35 Delikte (-15,9%) zu verzeichnen.

Der Anstieg im Phänomenbereich "Rechts" ist zum überwiegenden Teil auf den Anstieg der Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB um 80 Delikte (8,2%) und der Körperverletzungsdelikte um 35 (67,3%) zurückzuführen. Straftaten gemäß § 86a StGB, bei denen keine Tatsachen für oder gegen eine extremistische Begehungsweise vorliegen, sind dem Verfassungsschutz als Prüffälle zur Bewertung vorzulegen. Der Verfassungsschutz des Landes NRW bewertete diese Prüffälle gemäß eines gemeinschaftlichen Beschlusses aller Verfassungsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich als extremistisch. Eine extremistische Straftat muss aber immer einem der drei Phänomenbereiche "Ausländer", "Links" oder "Rechts" zugeordnet werden. Dementsprechend werden diese Delikte dem Phänomenbereich "Rechts" zugeordnet.

Die Deliktsschwerpunkte lagen im Phänomenbereich "Rechts" wie im Vorjahr bei den Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (1.052) und den Volksverhetzungsdelikten (222).

Im Bereich "Links" lag der Deliktsschwerpunkt im Gegensatz zum Vorjahr im Bereich der Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (112) und erst nachrangig im Bereich der Sachbeschädigungen (73).

Im Phänomenbereich "Ausländer" lag der Schwerpunkt bei einer geringen Fallzahl im Bereich der sonstigen Straftaten.

Bei den Delikten, die keinem Phänomenbereich zuzuordnen waren, lag der Deliktsschwerpunkt wie in den Vorjahren bei den Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (120).

Deliktgruppen	Ausländer				Links				Rechts				Nicht zuzuordnen			
	2006	2005	Diff.	%	2006	2005	Diff.	%	2006	2005	Diff.	%	2006	2005	Diff.	%
Tötungsdelikte (einschließlich Versuche)	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	1	-1	-100,0	0	0	0	0,00
Brand-/Sprengstoffdelikte	4	0	4	400,0	0	1	-1	-100,0	1	0	1	100,0	2	1	1	100,00
Landfriedensbruchdelikte	1	0	1	100,0	18	16	2	12,5	2	1	1	100,0	1	1	0	0,00
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr etc.	0	0	0	0,0	0	3	-3	-100,0	1	0	1	100,0	0	1	-1	-100,0
Körperverletzungsdelikte	4	0	4	400,0	47	9	38	422,2	87	52	35	67,3	7	4	3	75,0
Widerstandshandlungen	0	0	0	0,0	20	14	6	42,9	0	2	-2	-100,0	1	4	-3	-75,0
Raub/ Erpressung/ Freiheitsberaubung	1	4	-3	-75,0	1	0	1	100,0	1	1	0	0,0	1	0	1	100,0
Sexualdelikte	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
Zwischensumme Gewaltdelikte	10	4	6	150,0	86	43	43	100,0	92	57	35	61,4	12	11	1	9,1
Bedrohungen/Nötigungen	4	6	-2	-33,3	3	3	0	0,0	9	16	-7	-43,8	3	2	1	50,0
Sachbeschädigungen	5	4	1	25,0	73	53	20	37,7	20	22	-2	-9,1	19	44	-25	-56,8
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	2	1	1	100,0	6	3	3	100,0	1052	972	80	8,2	120	118	2	1,7
Volksverhetzungen	3	3	0	0,0	2	1	1	100,0	222	194	28	14,4	3	4	-1	-25,0
Störung des öffentlichen Friedens	3	0	3	300,0	1	0	1	100,0	3	1	2	200,0	5	0	5	500,0
Beleidigungen	1	2	-1	-50,0	33	20	13	65,0	60	34	26	76,5	9	9	0	0,0
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	5	1	4	400,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	1	0	1	100,0	112	51	61	119,6	6	19	-13	-68,4	4	8	-4	-50,0
sonstige Straftaten	10	4	6	150,0	20	22	-2	-9,1	15	32	-17	-53,1	10	24	-14	-58,3
Summe Gesamt	44	25	19	76,0	336	196	140	71,4	1479	1347	132	9,8	185	220	-35	-15,9

1.5.3 Extremistische Straftaten

Insgesamt wurden 1.551 (75,9%) Straftaten als extremistisch gemeldet. Davon entfielen 1.412 (91%) auf den Phänomenbereich "Rechts" und 93 (6,0%) auf den Phänomenbereich "Links". Im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität wurden 38 (2,5%) Fälle von Extremismus verzeichnet.

1.5.4 Internationale Bezüge

Bei 66 (3,2%) aller Politisch motivierten Straftaten wurde ein internationaler Bezug festgestellt. Davon entfielen 17 (25,8%) auf den Phänomenbereich "Rechts", 34 (51,5%) auf den Phänomenbereich "Ausländer" und einer (1,5%) auf den Phänomenbereich "Links". 14 (21,2%) Fälle waren keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

1.5.5 Themenfelder

Gesamtdarstellung

Insgesamt lagen die thematischen Schwerpunkte der Straftaten wie in den Vorjahren in den Bereichen Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus mit 1.163 Nennungen und Hasskriminalität mit 461 Nennungen. Ursächlich hierfür ist die zahlenmäßige Dominanz des Phänomenbereichs "Rechts", dem diese Themenfelder hauptsächlich zuzuordnen sind.

Im Phänomenbereich "Links" lagen die Schwerpunkte bei den Themen Antifaschismus (232), Innen- und Sicherheitspolitik (202) und Konfrontation/ politische Einstellung (59)

Im Phänomenbereich "Ausländer" betrafen die meisten Delikte die Themenfelder Islamismus/ Fundamentalismus (17) und der Befreiungsbewegungen/ Internationale Solidarität (14).

Bei den Delikten, die keinem Phänomenbereich zuzuordnen sind, lagen die Deliktsschwerpunkte bei den Themenfeldern Ökologie/ Industrie/ Wirtschaft (18), Hasskriminalität (15) und Sozialpolitik (13).

Zu beachten ist, dass bei der Zuordnung von Delikten zu einzelnen Themenfeldern, eine Mehrfachnennung nicht nur möglich, sondern, sofern zutreffend, ausdrücklich erwünscht ist. So wurden zum Beispiel bei Delikten, die dem Themenfeld Hasskriminalität zugeordnet worden sind, sehr häufig andere Themenfelder mitgenannt.

Die Gesamtzahl aller genannten Themenfelder übersteigt somit zwangsläufig die Gesamtzahl der gemeldeten Delikte.

Antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten

Bei den 131 Straftaten, die (zumindest auch) aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wurden (antisemitische Straftaten), handelte es sich zum überwiegenden Teil (124) um Straftaten aus dem Phänomenbereich "Rechts".

In fünf Fällen war die Straftat dem Phänomenbereich "Ausländer" und in einem Fall dem Phänomenbereich "Links" zuzuordnen. Ein weiterer Fall war keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

Von den 385 zumindest auch fremdenfeindlichen Straftaten entfielen 364 auf den Phänomenbereich "Rechts", fünf auf den Phänomenbereich "Ausländer" und zwei auf den Phänomenbereich "Links". 14 Straftaten waren keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der fremdenfeindlichen Straftaten um 78 (25,4%). Damit stehen 30,5% der Steigerung bei den Gesamtzahlen im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten.

In 35 Fällen waren die Taten sowohl fremdenfeindlich als auch antisemitisch motiviert. In beiden Bereichen lagen die Deliktsschwerpunkte bei Volksverhetzung (85 antisemitisch, 153 fremdenfeindlich) und Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (26 antisemitisch, 95 fremdenfeindlich).

Straftaten zum Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus

Bei 17 Delikten im Phänomenbereich "Ausländer" war das Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus betroffen beziehungsweise nicht mit Sicherheit auszuschließen. Der Anteil an der Gesamtanzahl beträgt 38,6%.

Straftaten zum Themenfeld Sozialpolitik

Insgesamt wurden dem LKA 41 Straftaten gemeldet, die im Zusammenhang mit dem Themenfeld Sozialpolitik standen. Bei dem überwiegenden Teil der Straftaten (26) handelte es sich um Delikte im Zusammenhang mit demonstrativen Aktionen. Die Anzahl der Straftaten stieg gegenüber dem Vorjahr um neun Delikte.

Straftaten im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen

Insgesamt wurden 304 Straftaten im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen gemeldet. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 152 Delikte (100%) und somit einen Anteil von 59,4% am Gesamtanstieg.

242 Delikte entfallen auf den Phänomenbereich "Links", 43 auf den Phänomenbereich "Rechts" und drei auf den Phänomenbereich "Ausländer". 16 Delikte waren keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

Den Schwerpunkt bildeten hier Demonstrationen im Rahmen der so genannten Rechts-Links-Konfrontation. So entfielen allein auf vier Demonstrationen 97 (40,1%) Straftaten. Im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen wurden 76 Gewaltdelikte im Phänomenbereich "Links" und zwölf im Phänomenbereich "Rechts" verwirklicht.

Die Straftaten im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen sind überwiegend den Themenfeldern Innen-/Sicherheitspolitik (182), Antifaschismus (185), Konfrontation/politische Einstellung (44) und Hasskriminalität (43) zuzuordnen.

Straftaten im Zusammenhang mit der Fußball WM 2006

Im Berichtszeitraum wurden 37 Straftaten im Zusammenhang mit der Fußball WM 2006 in Deutschland gemeldet. 33 Straftaten (89,2%) waren dem Phänomenbereich "Rechts" und jeweils zwei dem Phänomenbereich "Links" beziehungsweise keinem Phänomenbereich zuzuordnen. 31 Straftaten wurden unter

Verwirklichung des § 86a StGB begangen, dies entspricht 83,8%, wohingegen nur zwei Gewaltdelikte (6,5%) gemeldet wurden.

Fazit

Die Entwicklung der Gesamtfallzahlen der letzten sechs Jahre entspricht einer Kurve, die in den Jahren 2001 bis 2004 eine fallende Tendenz aufweist, um in den Jahren 2005 und 2006 deutlich anzusteigen.

Mit 2044 Delikten im Jahr 2006 wird der bisherige Spitzenwert vom Vorjahr überboten.

Die Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität wird weiterhin vom Phänomenbereich "Rechts" dominiert. Prognostiziert auf das gesamte Jahr 2006 ist für diesen Phänomenbereich eine Steigerung analog zum Vorjahr zu erwarten. Bestimmt werden die Fallzahlen im Phänomenbereich "Rechts" weiterhin durch die Straftaten gem. § 86a StGB, bei denen sich die gängige Bewertung der Prüffälle seitens des Verfassungsschutzes dahingehend auswirkt, dass 650 nicht aufgeklärte Straftaten gem. § 86a StGB (61,7%) dem Phänomenbereich "Rechts" zugeordnet werden.

Darüber hinaus führte die Austragung der Fußball WM in Deutschland mit den Spielbegegnungen und Public-Viewing-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen zu einem Anstieg vor allem im Bereich der so genannten Propagandadelikte. Auch der Anstieg der fremdenfeindlichen Straftaten, die in der Regel dem Phänomenbereich "Rechts" zuzuordnen sind, trägt mit zur Steigerung der Gesamtfallzahlen bei.

Im Phänomenbereich "Links" ist im Hinblick auf die Entwicklung der Fallzahlen für das Jahr 2006 ebenfalls ein Anstieg zu erwarten. Der Anstieg der Fallzahlen im Phänomenbereich "Links" ist in besonderem Maße abhängig von dem zukünftigen Demonstrationsgeschehen, da er von den Straftaten, die in diesem Zusammenhang begangen werden, bestimmt wird. So kommt es häufig im Rahmen der so genannten Rechts-Links-Konfrontationen zu Straftaten, die sich jedoch vielfach nicht unmittelbar gegen den "politischen Gegner" richten. Andere Themen, die im Fokus der Öffentlichkeit standen, wie zum Beispiel Hartz IV, hatten kaum Auswirkungen auf die Entwicklung der Fallzahlen.

Die Entwicklung im Phänomenbereich "Ausländer" ist aufgrund der geringen Fallzahlen nur schwer zu prognostizieren. Bei der Fallzahlenentwicklung des ersten Halbjahres kommt den Themenfeldern Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität und Islamismus/Fundamentalismus die größte Bedeutung zu. Diese werden insbesondere durch die Entwicklungen in den Krisengebieten bestimmt, gerade hier ist zukünftige Entwicklung auch im Hinblick auf die Auswirkungen des Israel-Libanon-Konfliktes nur bedingt prognostizierbar.

1.5.6 Herausragende Sachverhalte

Bochum, 3. März 2006

Der Geschädigte befand sich zu Fuß auf dem Heimweg. In Höhe des Museums Bochum kamen ihm zwei unbekannte Personen entgegen, die den Hitlergruß zeigten und gleichzeitig: "Heil Hitler" riefen. Als er "Scheiß Nazis" sagte, zog einer der beiden Personen ein Messer und schnitt dem Geschädigten damit in den linken Oberarm (15 cm lange oberflächliche Schnittverletzung). Der Geschädigte versuchte den Täter wegzustoßen, wurde jedoch von der zweiten Person festgehalten. Der erste Täter stach dann mit dem Messer in den oberen Bauchbereich des Geschädigten. Als ein namentlich nicht bekannter Passant mit Hund im Nahbereich erschien, flüchteten die Täter in Richtung Stadtpark.

Der Geschädigte begab sich selbständig zum St. Elisabeth-Hospital, von wo aus die Polizei von dem Vorfall unterrichtet wurde. Der Verletzte verblieb zur stationären Behandlung. Es bestand keine Lebensgefahr, da innere Organe nicht verletzt waren. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Castrop-Rauxel/Recklinghausen, 10. März 2006

In der Nacht vom 9. auf den 10. März 2006 wurde in die Werkshalle der Firma 'Ebeco' (metallverarbeitender Betrieb, der unter anderem Tierkäfige herstellt, die bei Tierversuchen eingesetzt werden) in Castrop-Rauxel eingebrochen. Ein Mitarbeiter bemerkte am folgenden Tag unter dem Lkw in Höhe des Führerhauses – direkt unter dem Tank des Fahrzeugs – einen Brandsatz, der lediglich aufgrund eines Konstruktionsmangels nicht gezündet hatte. Erste Ermittlungen ergaben, dass die Firma 'Ebeco' derzeit einen überdimensionalen Affenkäfig für die in Münster ansässige Firma 'Covance', die sich mit Tierversuchen beschäftigt, aufbaut. Die Firma 'Covance' ist seit längerem Ziel von Aktionen militanter Tierversuchsgegner. Für den oben aufgeführten versuchten Brandanschlag wird eine gleichgelagerte Motivlage angenommen. Die Ermittlungen werden durch die Staatsanwaltschaft Dortmund geführt.

1.6 Bericht des Justizministeriums

1.6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im ersten Halbjahr 2006 insgesamt 1856 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 320 Verfahren gegen 390 Personen Anklage erhoben beziehungsweise Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 173 Personen; 14 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 95 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt beziehungsweise die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

1.6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften im Berichtszeitraum insgesamt 230 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar 2006 bis zum 30. Juni 2006 ist in 38 Verfahren gegen 227 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden sieben Angeklagte; vier angeklagte Personen wurden freigesprochen. Gegen 20 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt beziehungsweise die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

2 Bilanz der WM 2006 für Rechtsextremisten: Keine Chance

"Die Welt zu Gast bei Freunden", unter dieser Überschrift fand die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland statt. Im Vorfeld dieser internationalen Großveranstaltung gab es zahlreiche Planungsvorhaben rechtsextremistischer Gruppierungen, die befürchten ließen, Rechtsextremisten würden das mit der Fußballweltmeisterschaft verbundene Medieninteresse als Bühne für ihre politisch motivierte Propaganda ausnutzen. Tatsächlich beschränkte sich die rechtsextremistische Szene aber nur auf wenige Aktionen. Rechtsextremisten sind, so Innenminister Dr. Ingo Wolf, die "großen Verlierer" der Fußball-WM.

Vor der WM mögen viele Rechtsextremisten davon geträumt haben, dass ihre Kampagnen gegen die farbigen Spieler in der deutschen Elf bei den Fans Erfolg haben würden.

So hatte die NPD bereits im Vorfeld der WM 2006 einen WM-Planer herausgegeben, der Gegenstand einer Durchsuchung der Bundeszentrale der NPD in Berlin am 06. April 2006 war.



1. Auflage des WM-Planers

Das Trikot mit der Nr. 25 wird von dem farbigen Fußballspieler Werder Bremens, Patrick Owomoyela, getragen.

Bei der Durchsuchung wurden ca. 30.000 Exemplare dieses WM-Planers sichergestellt.

Auslöser der Durchsuchung war eine vom Nationalspieler Patrick Owomoyela und dem DFB erwirkte einstweilige Verfügung gegen die NPD. Diese hatte einen WM-Planer drucken lassen mit der Abbildung eines Fußballspielers mit der Trikotnummer 25 und der Aufschrift "Weiß. Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte Nationalmannschaft!" (siehe Abbildung).

Am 08. Juni 2006 wurde die Bundeszentrale der NPD in Berlin erneut durchsucht. Dabei wurden circa 3.000 Exemplare eines neu aufgelegten und veränderten NPD WM-Planers sichergestellt (siehe Abbildung).



2. Auflage des WM-Planers

Allerdings hat die StA Bochum nach Mitteilung des LKA NRW eine strafrechtliche Relevanz dieser 2. Auflage des WM-Planers verneint.



Einstellung auf der Homepage (3. Auflage)

Im zeitlichen Zusammenhang mit der WM 2006 hatte die NPD eine Kundgebung für den 10. Juni 2006 in Gelsenkirchen unter dem Motto "Arbeit für Millionen, statt Profit für Millionäre" angemeldet.

Diese Veranstaltung wurde zunächst vom Polizeipräsidium (PP) Gelsenkirchen (unter Hinweis auf die beschlagnahmte 1. Auflage des WM-Planers der NPD, (siehe oben) mit der Begründung verboten, dass das Ansehen Deutschlands in der Welt durch eine derartige Demonstration "nachhaltig geschädigt" wer-

den könnte. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hob dieses Verbot unter Hinweis auf das geltende Demonstrationsrecht auf. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster wiederum bestätigte die ursprüngliche Verbotsverfügung des PP Gelsenkirchen, allerdings mit anderer Begründung: Es sah in der Demonstration eine "unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit".

Diese Einschätzung teilte das Bundesverfassungsgericht nicht und gab dem Eilantrag der NPD statt. Es stellte fest, dass die vom OVG erstellte Prognose einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch von Versammlungsteilnehmern möglicherweise ausgehenden Gewalttätigkeiten "offensichtlich nicht tragfähig sei". Die in der Folge durchgeführte Veranstaltung der NPD, mit lediglich 230 Personen, verlief friedlich, allerdings kam es zu Ausschreitungen durch Gegendemonstranten.

Auch für die rechtsextremistische Musikbranche entfaltete die WM 2006 Anziehungskraft. So erschien ein rechtsextremistischer Musik-Sampler mit dem Titel "Zu Gast bei uns – der Fußballsamplers", der Sport, Gewalt und die Weltmeisterschaft zum Inhalt hatte. Die zum Teil sehr aggressiven Texte verherrlichen den Hooliganismus sowie Schlägereien zwischen Fans und der Polizei und sollen beim Hörer eine kämpferische, gewaltbereite und fremdenfeindliche Einstellung erzeugen. Nach strafrechtlicher Prüfung der CD durch die zuständige Staatsanwaltschaft Bremen fanden am 11. Juli 2006 Hausdurchsuchungen in sechs Bundesländern statt. Die aufgefundenen CDs wurden beschlagnahmt.

Bereits im Vorfeld der WM 2006 verbreitete der 'Schutzbund-Deutschland' Flugblätter mit dem Text "Nein Gerald, du bist nicht Deutschland - du bist BRD" und dem Bild des Nationalspielers Asamoah. Auf der Rückseite des Flugblatts wurde das Bild in rassistischer Weise kommentiert. Wegen des Vertreibens der Flugblätter werden Ermittlungsverfahren geführt.

Der 'Schutzbund-Deutschland' wurde mit Verfügung vom 04. Juli 2006 vom Innenminister des Landes Brandenburg als eine gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Vereinigung nach dem Vereinsgesetz verboten.

Schwarz-Rot-Gold gegen Schwarz-Weiß-Rot

Die WM 2006 hat Rechtsextremisten nicht die gewünschte Propagandaplattform geboten. Vielmehr löste die anlässlich der WM 2006 in der Öffentlichkeit feststellbare Patriotismuswelle, sichtbar durch das Zeigen der deutschen Nationalfahne und einer allgemeinen nationalen Begeisterung, in der rechtsextremistischen Szene teilweise Verwirrung aus. Es gab aber auch rechtsextremistische Stimmen, die ihre Verärgерung über das in der Öffentlichkeit zu Tage tretende Gemeinschaftsgefühl deutlich zum Ausdruck brachten, da – wie sie meinen – es nichts mit echtem Nationalgefühl zu tun habe:

So schrieb zum Beispiel der NPD-Theoretiker Jürgen Gansel, den "verarmten Massen werden ein paar süße Aufputschbonbons in schwarz-rot-goldenem Wickelpapier hingeworfen und ihnen die Zugehörigkeit zum großen Ganzen vorgegaukelt".

Rechtsextremisten sehen sich als die eigentlichen, wahren Vertreter des deutschen Nationalismus und hatten deshalb gehofft, die WM 2006 für Propagandazwecke in ihrem Sinne nutzen zu können. Allerdings geht der Nationalismusgedanke der Rechtsextremisten in der Regel von einer völkischen Werteskala aus, an deren Spitze Deutsche weißer Hautfarbe stehen. Im Gegensatz dazu zeichnete sich der in diesen Tagen erkennbare Patriotismus durch ein Nationalgefühl aus, das Menschen anderer Herkunft als gleichwertig mit einschließt. Die vielen tausend fahnenschwenkenden Zuschauer zeigten ein Gemeinschaftsgefühl, das über völkische Grenzen hinausging: Hier standen Deutsche neben Menschen aus aller Welt, die friedlich miteinander feierten. Zusammenfassend lässt sich die WM 2006 in NRW wie folgt bilanzieren: "Großartige Veranstaltung, sichere Spiele und keine Chance für Rechtsextremisten."

Dieses Gemeinschaftsgefühl führte zu den oben genannten Irritationen und zu kontroversen Diskussionen innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Große Teile der Szene lehnen die patriotische Begeisterung als eventorientiert ab, andere – insbesondere Neonazis – lehnen bereits die (bundes-) deutsche Fahne ab; in diesen Kreisen identifiziert man sich mit den Farben des Deutschen Reiches: schwarz-weiß-rot. Nur wenige Stimmen in der rechtsextremistischen Szene sehen in der derzeitigen patriotischen Begeisterung einen Ansatz für eigene Aktivitäten.

3 Quo vadis PDS?

Fragen und Anmerkungen zur Entwicklung der Partei und ihres Umfeldes

Vorbemerkung

Der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen befasst sich mit dem Landesverband der 'Linkspartei.PDS'. Nicht beobachtet wird die Partei 'Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative' (WASG). Wegen der teilweise sehr engen Zusammenarbeit und dem begonnenen Fusionsprozess beider Parteien sowie deren Kooperation mit Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes müssen aber zu einer sachgerechten Bewertung Informationen aus allen beteiligten Bereichen berücksichtigt werden.

Politisch-programmatische Entwicklung der Linkspartei.PDS

Die programmatische Entwicklung der 'Linkspartei.PDS' (Programme von 1993 und 2003) ist in den vergangenen Jahren mehrfach in Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen dargestellt und bewertet worden. Danach enthalten beide Programme in sich widersprüchliche Aussagen, zum Teil mit Raum für unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten. Weiter offen ist, ob die Partei das Grundgesetz inhaltlich tatsächlich akzeptiert oder nur Begriffe übernimmt und mit eigenen, nicht mehr vom Grundgesetz gedeckten Interpretationen füllt. Ein wesentliches Problem in der Bewertung der Linkspartei ist die (bewusste) Unbestimmtheit und erhebliche Spannweite der programmatischen Forderungen.

Forderungen und Gedanken im Fusionsprozess

Im bisherigen Fusionsprozess zwischen 'Linkspartei.PDS' und WSAG wurden die Zweifel durch verschiedene Äußerungen von maßgeblichen Beteiligten noch verstärkt.

So wird in einem unter anderem von der stellvertretenden Parteivorsitzenden vorgelegten Papier 'Freiheit und Sozialismus – Emanzipatorische Denkanstöße für die neue linke Partei' die gemeinschaftliche Verfügungsgewalt über Produktionsmittel gefordert und gleichzeitig jeglicher Zwang zur Arbeit abgelehnt. Eine Grundsicherung soll den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen repressionsfrei, ohne bürokratische Gängelung und auf einem möglichst hohen Niveau ermöglichen. Die Grundsicherung will man zu einem bedingungslosen Grundeinkommen weiterentwickeln. Freiheit für jede und jeden Einzelnen könne nur ermöglicht werden durch gesamtgesellschaftliche Umverteilung. Dieser ohne erkennbare theoretische Grenzen formulierte "Umverteilungssozialismus" brächte aber nicht nur Freiheit für die Nutznießer, sondern bedingte auch Eingriffe in die Rechte der Schaffenden und Besitzenden. Fragwürdig ist auch die Forderung eines Mitglieds der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, in zukünftigen Debatten müssten außer Humanismus und Menschenwürde alle Institutionen, alle Verfahren, sei es der Markt, das Privateigentum, der Wettbewerb, auf den Prüfstand und sich der Frage stellen, ob sie der Emanzipation des Menschen nutzen. Unklar bleibt, in welchem Verhältnis dies zu unserem Rechtsverständnis steht, das die auf

Privateigentum beruhende Gestaltung der eigenen Zukunft als unverzichtbaren Teil der Menschenwürde begreift.

Im 'Neuen Deutschland' wurde dazu aufgerufen, "über die kapitalistische Unordnung hinauszudenken": Welche "Ordnung" wird dem gegenüber gestellt? Wie viel "Ordnung" braucht es für den Sozialismus?

Welches Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie liegt der Idee zugrunde, dass außerparlamentarischen Bewegungen – in 'Linkspartei.PDS' und WASG – eine besondere Bedeutung zukomme? Und wenn einer der Fraktionsvorsitzenden zu den Krawallen in Frankreich im Bundestag erklärt, von Frankreich könne man lernen, wie man eine Regierung in die Knie zwingt und er zudem das Recht auf einen Generalstreik einfordert?

Wie bewertet die Linkspartei den Repressionsapparat der ehemaligen DDR? Der Kommunistischen Plattform in der 'Linkspartei.PDS' jedenfalls geht die im Fusionsprozess verschiedentlich geäußerte Kritik an der DDR zu weit. Ihr fehlt in den Beiträgen der Spitzenfunktionäre beim Hallenser Parteitag ein Wort "über das klare antifaschistische und friedenspolitische Profil der DDR". Auf die von der DDR durchgeführte "nachhaltige humanistische Erziehung" führt sie es zurück, dass im Herbst 1989 von den DDR-Sicherheitsorganen nicht geschossen wurde. Veröffentlicht wurde dieses in der UZ, der Zeitung der DKP. Auch diese Richtung wird versuchen, die weitere Programmdiskussion in der 'Linkspartei.PDS' zu beeinflussen.

Bemerkenswert ist auch, dass Menschenrechtsverletzungen in Kuba zwar angesprochen werden, eine Resolution gegen sie aber abgelehnt wird, weil die Partei sich nicht unter anderem im Auftrag der USA instrumentalisieren lassen will. Der Parteivorstand erklärte in diesem Zusammenhang: "Dem sozialistischen Kuba gehört unsere Solidarität". Wenn die Bedeutung von Inhalten nebulös bleibt und Kuba als Sozialismus angesehen wird, kann auch nicht die Aussage überzeugen, mit der 'Linkspartei.PDS' gebe es nie wieder einen diktatorischen oder autoritären Sozialismus, nur noch einen demokratischen. Sieht die 'Linkspartei.PDS' in der jüngsten politischen Entwicklung in Lateinamerika einen erstrebenswerten Weg? Zumindest sieht man sich solidarisch und verfolgt den Prozess "mit viel Aufmerksamkeit und Sympathie".

Ein Sprecher des Marxistischen Forums zitierte einen DDR-Autor aus dem Jahr 1982, der vor der Illusion gewarnt hat, "in den Menschenrechten einen absoluten, das heißt übergeschichtlichen, jenseits der Klassenkämpfe und abseits von der Heerstraße der Geschichte fixierten neutralen Wegweiser für menschliches Verhalten vorzufinden". Damit werden die Menschenrechte – im Gegensatz zum Grundgesetz – so wie in der angeblich überwundenen SED-Vergangenheit – in einen ideologischen, historisch-materialistischen Zusammenhang gestellt.

Andererseits wird innerhalb der Bundestagsfraktion vertreten, mit geheimdienstlichen Mitteln müsse Bestrebungen entgegengewirkt werden, welche die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen wollten.

Dies belegt die große Bandbreite politischer Ansichten in der 'Linkspartei.PDS'.

Das Kooperationsabkommen III als Bestätigung der bisherigen Linie

Schon der Verfassungsschutzbericht 2005 berichtete über das "Kooperationsabkommen III – Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen 'Linkspartei.PDS' und WASG" aus dem Dezember 2005. Die dortigen Festlegungen bestätigen die systemüberwindende Strategie der 'Linkspartei.PDS' (Mit- und Umgestaltung der Gesellschaft, Entwicklung über den Kapitalismus hinausweisender gesellschaftlicher Alternativen).

Diskussionspapier als weiterer Meilenstein

Ende Februar 2006 legte eine gemeinsame Programmgruppe so genannte "Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland" vor, als "Einladung zur Diskussion an alle Bürgerinnen und Bürger, die an einer Linken interessiert sind". Die Aussagen entsprechen der bisherigen Linie:

Zum Aufbau der angestrebten Gesellschaft bedürfe es einer grundlegenden Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse. Dies soll durch "Unterordnung der Wirtschaft unter soziale und ökologische Zielsetzungen einer gerechten Politik", "Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse" und "Demokratisierung der Gesellschaft, die allen hier lebenden Menschen gleiche Teilhabemöglichkeiten garantiert", erreicht werden. "Dazu gehört der Kampf gegen jede Form gesellschaftlicher Unterdrückung, gegen patriarchale und kapitalistische Machtstrukturen, gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus".

Zwar werden in dieser diffusen Beschreibung von Ziel und Weg der anzustrebenden Gesellschaft extremistisch wirkende Begriffe vermieden, aber alle Möglichkeiten für eine systemüberwindende Politik offen gelassen.

Bemerkenswert ist die Feststellung: "Es wird wieder offensichtlicher, dass wir in einer Klassengesellschaft leben". In Verbindung mit der als notwendig bezeichneten "Überwindung aller der Profitdominanz zu Grunde liegenden Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse" und dem darauf folgenden Marx-Zitat "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist", ergibt sich so – wie in der bisherigen Programmatik – die theoretische Begründbarkeit für fast schrankenlose gesellschaftliche Veränderungen. In diese Richtung deutet auch der Anspruch, "Wir wollen eine Erneuerung der Demokratie, die es ermöglicht, die Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums sozialen Kriterien zu unterwerfen".

Aufruf zur Gründung einer neuen Linken zeigt Kontinuität in der Ideologie

Am 2. Juni 2006 wurde ein gemeinsamer Aufruf beider Parteien zur Intensivierung, nicht aber Beendigung der Programmdebatte veröffentlicht.

Der Aufruf bestätigt wiederum die Kontinuität in den programmatischen Kernpunkten der 'Linkspartei.PDS'. Danach sei der Kapitalismus auf ständige Expansion angewiesen und erobere Absatzmärkte und Rohstoffquellen, auch mit militärischer Gewalt. Diese Argumentation findet sich schon im Marxismus-Leninismus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), nach deren Ideologie Aggressivität eine Grundeigenschaft des heutigen Kapitalismus (in der Form des Imperialismus) war. Imperialismus – als höchstes und letztes Stadium des Kapitalismus – und Militarismus seien untrennbar miteinander verbunden. In für diese Denkrichtung bezeichnender Weise werden im Aufruf der 'Linkspartei.PDS' Staaten und deren Handeln mit den Interessen und dem Handeln des Kapitalismus gleichgesetzt. Insoweit bestehen die alten ideologischen Grundannahmen weiter, auch wenn schon in einem Kommentar zum Programm von 1993 behauptet wurde, die Kapitalismuskritik der Partei sei nicht mehr den alten Lehrbüchern des Marxismus-Leninismus entnommen, sondern durch die eigene Erfahrung der Gesellschaft in der Bundesrepublik begründet.

Der Aufruf strebt eine solidarische Gesellschaft an, "in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist". Diese Vision ist dem "Kommunistischen Manifest" von Karl Marx und Friedrich Engels entnommen. Wiederholt wurde in den Verfassungsschutzberichten darauf hingewiesen, dass der ursprüngliche Kontext dieser Passage die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft voraussetzt. Als Konsequenz verlangt der Aufruf Eingriffe in Eigentums- und Verfügungsrechte unserer Rechtsordnung. Aus der Summe der heute schon (und nicht erst im noch weitergehenden Sozia-

lismus) vorgesehenen Eingriffe ergeben sich die weiter bestehenden Zweifel, ob ihre Gesamtwirkung nicht zwangsläufig den Rahmen des Grundgesetzes überschreiten muss.

Das ausdrückliche Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus in dem gemeinsamen Papier ist für die 'Linkspartei.PDS' lediglich eine Fortschreibung ihrer Programmatik, für die WASG jedoch ein völlig neues Ziel. Dasselbe gilt für das Festschreiben von Protest (außerparlamentarische Opposition), Mitgestalten (Mitregieren auf allen Ebenen) und Alternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen (als Ziel der Sozialismus) als Mittel der politischen Arbeit. Auch diese "strategische Einheit" war bis zur Kooperation nicht Bestandteil der WASG-Politik.

Probleme im Fusionsprozess

Öffentlichen Bekundungen der Führung von 'Linkspartei.PDS' zufolge, soll die Fusion ein Prozess sein, bei dem es nicht um ein Ein- oder Unterordnen geht. Bis zur Vereinigung sollen Programm- und Statutenentwurf und politische Schwerpunkte erarbeitet werden. Nach den Parteitag in Halle und Ludwigshafen wurde deutlich, dass zumindest die Spitze der Bundestagsfraktion versuchen würde, ihre Vorstellungen ohne politische oder programmatische Rücksichtnahme gegenüber den Kritikern in den eigenen Reihen durchzusetzen. Als Folge der Beschlüsse des Ludwigshafener Parteitags bildete sich innerhalb der WASG ein Netzwerk aus Kritikern, unter anderem mit der Begründung, das politische Gewicht habe sich eindeutig zur Linksfraktion und ihren "hauptamtlichen PolitikfunktionärInnen" verschoben. Kritische WASG-Mitglieder haben sich auch in einer WASG-Opposition zusammengefunden. Im Vorfeld ihrer ersten Tagung berief sich die Gruppe ausdrücklich auf den antineoliberalen Gründungskonsens der WASG. Dieser habe auch beinhaltet, sich nicht an Landesregierungen zu beteiligen, die Privatisierungen und Tarifflicht im öffentlichen Dienst betrieben. Man strebe ein handelndes Subjekt von Linken aus Linkspartei.PDS und WASG an.

Am 10. Juni trafen sich Mitglieder aus 'Linkspartei.PDS' und WASG und weitere Personen unter dem Motto "Für eine antikapitalistische Linke". Aufbauend auf einen Aufruf mit demselben Titel will diese Richtung die gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus wieder in die gesellschaftliche Diskussion bringen. Ob und gegebenenfalls welchen Einfluss die Kritiker in beiden Parteien entwickeln werden, ist aber völlig offen.

Ende Mai schien sich die 'Linkspartei.PDS' ihrer Sache sehr sicher zu sein. Gregor Gysi verkündete, auch nach der Vereinigung mit der WASG würde die Partei ihren Regierungsanspruch im Osten "natürlich nicht" aufgeben. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die schon im Jahresbericht 2005 vertretene These, dass sich die 'Linkspartei.PDS' in bisher für die WASG wichtigen Punkten durchgesetzt hat.

Ein Teil der heutigen Schwierigkeiten im Fusionsprozess resultiert aus der Gründungssituation der WASG. Sie entstand überwiegend aus der bewussten Abgrenzung insbesondere auch gegenüber der 'Linkspartei.PDS'. Noch im Juli 2004 lehnte ein WASG-Vorstandsmitglied eine Zusammenarbeit mit der PDS oder gar eine Listenverbindung zur nächsten Bundestagswahl 2006 ab, weil die PDS an zwei Landesregierungen beteiligt sei und eine Politik des Sozialabbaus praktiziere.

Dementsprechend konnten nicht alle Mitglieder der WASG, vor allem dort nicht, wo die 'Linkspartei.PDS' an der Regierung beteiligt ist, die programmatischen Wandlungen nachvollziehen. Dies hat nach scharfen Auseinandersetzungen zu getrennten Wahllisten bei der Landtags- bzw. Senatswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin geführt. Ein weiteres Problem liegt nach Selbsteinschätzung eines führenden WASG-Funktionärs in den verschiedenen Kulturen innerhalb der WASG, die südlich der Main-Linie eher gewerkschaftlich geprägt seien, nördlich davon eher bunt, spontihaft, mit Vorläufen in anderen Parteien.

Bewertung

Auf ein wesentliches Ziel der Kooperation von 'Linkspartei.PDS' und WASG nimmt der Kommentator einer linken Tageszeitung Bezug, wenn er feststellte, dass es dank der WASG gelungen sei, "die Berührungspunkte zwischen 'Linkspartei.PDS' und Gewerkschaften weitgehend beiseite zu räumen".

Sollte das Projekt einer neuen Linkspartei in Deutschland wie derzeit geplant verwirklicht werden, würde es neben demokratisch orientierten Mitgliedern in relevantem Umfang auch Kräfte (Marxisten-Leninisten, Troztkisten, sonstige revolutionäre Marxisten) einbinden, deren Zielsetzungen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Der Prozess wird von der 'Linkspartei.PDS' entscheidend mitgestaltet, sie aber auch selbst verändern. Zudem wird er über das linksextremistische und linke Spektrum hinaus Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft haben. 'Die Linkspartei.PDS' braucht nach der Übernahme der WASG und den aus ihrer Sicht gelungenen Tabubrüchen in Form der Regierungsbeteiligungen auch keine politischen Rücksichten mehr auf etwaige Koalitions- oder Bündnispartner zu nehmen.

Bedenklich ist die fehlende theoretische wie praktische Abgrenzung der WASG zum Beispiel gegenüber der trotzkistischen 'Sozialistischen Alternative Voran' und der 'Deutschen Kommunistischen Partei', aber auch gegenüber eindeutig extremistischen Zusammenschlüssen innerhalb der 'Linkspartei.PDS' und die Übernahme entscheidender programmatischer, hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz äußerst zweifelhafter Aussagen aus den politischen Zielen der 'Linkspartei.PDS'. Dies könnte eine Neubewertung der Gesamtsituation notwendig machen.

Zu den Gründen für die Beobachtung der 'Linkspartei.PDS' gehört auch die mangelnde Distanzierung zu eindeutig linksextremistischen Bestrebungen in der Partei. Dass dieses Argument nicht an Aktualität verloren hat, zeigt eine Äußerung des Bundesgeschäftsführers aus jüngster Zeit: "Die Linkspartei ist pluralistisch und auch die neue Partei wird pluralistisch bleiben. Ich freue mich, dass wir eine Kommunistische Plattform haben und dass es auch radikale Linke bei uns gibt".

Nach Aussage eines DKP-Bezirksvorsitzenden aus Hessen vom März 2006 werden bei der hessischen Kommunalwahl insgesamt 150 DKP-Mitglieder unter anderem auf Bündnislisten mit Linkspartei und WASG kandidieren. Die Zusammenarbeit sei weitergehender als im Bundestagswahlkampf, denn es kandidierten aufgrund guter Zusammenarbeit einige DKP-Mitglieder auf aussichtsreichen Plätzen. Auch in NRW lässt sich – regional unterschiedlich intensiv – ein Zusammenwirken zwischen WASG, 'Linkspartei.PDS' und DKP belegen. In einigen Fällen scheint das Verhältnis zwischen WASG und DKP besser zu sein, als die Kontakte zwischen 'Linkspartei.PDS' und DKP.

Die Entwicklung zu einer neuen Linkspartei ist noch nicht abgeschlossen. Entscheidende Fragen sowohl für die gesamtgesellschaftliche politische Entwicklung als auch für eine Fortsetzung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz werden sein:

- : Entsteht eine inhaltlich neue Partei oder gelingt es der 'Linkspartei.PDS', sich unter Beibehaltung ihrer bisherigen Ziele und ihrer Strategie Teile der westdeutschen Linken einzuverleiben?
- : Bekennt sich die neue Partei zum Grundgesetz (mit seinen Möglichkeiten weitgehender gesellschaftlicher Veränderungen, aber auch mit seinen unveränderlichen Inhalten, Werten und Grenzen)?
- : Kann sich die neue Partei von innerparteilichen extremistischen Bestrebungen und aus der Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien / Gruppen lösen, deren Ziele eindeutig nicht mit dem Grundgesetz in Einklang zu bringen sind.

Der Fusionsprozess soll spätestens am 30. Juni 2007 abgeschlossen sein. Es liegt an den Beteiligten, mit ihm die seit mehr als 15 Jahren offenen Fragen eindeutig und überzeugend zu beantworten.

4 Steht Sri Lanka vor einem neuen Bürgerkrieg?

Hintergründe zur Rolle der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) sowohl in Sri Lanka als auch in Deutschland

Nach 18 Jahren Bürgerkrieg zeichnete sich in Sri Lanka erstmals im Dezember 2001 eine Entspannung der politischen Lage ab. Im Anschluss an durchgeführte Parlamentswahlen führte ein einseitig erklärter Waffenstillstand der LTTE unter Vermittlung der norwegischen Regierung zu Friedensverhandlungen und am 23. Februar 2002 zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen der srilankischen Regierung und den LTTE. Das Waffenstillstandsabkommen basierte im Wesentlichen auf einem Konzept, das eine weitgehende Selbstbestimmung in den überwiegend von Tamilen bewohnten Gebieten und eine föderale Struktur innerhalb eines geeinten Sri Lankas vorsah. Wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Konfliktparteien wurden die Friedensverhandlungen im April 2003 ausgesetzt, was dazu führte, dass sich fortan die politische Lage in Sri Lanka wieder destabilisierte.

Nachdem es seit Mitte 2005 immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien kam und die Lage zu eskalieren drohte, verband sich mit einem Treffen der Regierung Sri Lankas und Vertretern der LTTE Ende Februar 2006 in Genf zumindest ansatzweise die Hoffnung, dass das im Jahre 2002 vereinbarte Waffenstillstandsabkommen, das faktisch nur noch auf dem Papier existierte, wiederbelebt werden könnte.

Die Hoffnung zerschlug sich jedoch sehr schnell, als die zweite Runde der Gespräche, die für den 24./25. April 2006 wiederum in Genf avisiert, von LTTE-Vertretern abgesagt wurde. Als Grund wurde die zunehmende Gewalt gegen ihre Mitglieder und die eingeschränkte Bewegungsfreiheit auf Sri Lanka genannt.

In der Folge kam es und kommt es bis heute in Sri Lanka zu zahlreichen gewalttätigen Anschlägen auf militärische Ziele beider Seiten aber auch auf zivile Ziele mit mittlerweile mehr als 300 Toten, wobei die Verantwortung beziehungsweise der Grund für die Anschläge der jeweils anderen Seite angelastet wird.

Sri Lanka - Historische Entwicklung seit dem Beginn der Kolonialzeit

Im 15. Jahrhundert begannen die Europäer mit der Errichtung der kolonialen Herrschaft auf der Insel. Erst die Portugiesen, dann die Holländer und schließlich die Briten zog es vor allem wegen des wertvollen Zimts auf die Insel. Unter der britischen Herrschaft erhielt die Insel den Namen Ceylon. Am 4. Februar 1948 wurde Ceylon innerhalb des Britischen Commonwealth in die Unabhängigkeit entlassen. Das wichtigste politische Thema der neuen Regierung Ceylons war die Frage der Staatsangehörigkeit der seit Mitte des 19. Jahrhunderts eingewanderten tamilischen Plantagenarbeiter. Per Gesetz wurden sie zu Ausländern erklärt. Sie konnten bis August 1951 die Einbürgerung beantragen, wofür ein lückenloser Nachweis eines zehnjährigen Aufenthaltes bis 1946 mittels Arbeitsverträgen vorgelegt werden musste. Für die meisten Wander- und Saisonarbeiter war dies eine unüberwindliche Hürde. Während der bis 1963 dauernden Bearbeitung durften die Antragssteller zudem nicht an Wahlen teilnehmen. Letztendlich verloren über 800.000 Tamilen ihre Staatsbürgerschaft.

Durch einen vom Ministerpräsidenten Solomon W.R.D. Bandaranaike (1899 - 1959) im Jahre 1956 erlassenen so genannten "Sinhala-Only-Act" entwickelte sich das Land – zum Nachteil der tamilischen Minderheit – zu einer singhalesisch-buddhistischen Nation.



Chandrika Bandaranaike Kumaratunga



Mahinda Rajapakse

In der Folgezeit verwehrte man den Tamilen Zugang zu höheren Ämtern, der Armee und den Universitäten.

Am 22. Mai 1972 wurde die Republik ausgerufen, Ceylon erhielt eine neue Verfassung und änderte seinen Namen in Sri-Lanka ("Sri" bedeutet edel, erhaben und "Lanka" strahlendes Land).

Die letzten Präsidentschaftswahlen am 17. November 2005 gewann Sri Lankas amtierender Premierminister Mahinda Rajapakse knapp vor dem Oppositionsführer Ranil Wickremesinghe. Mahinda Rajapakse, der derselben Partei wie seine Vorgängerin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga (Präsidentin von 1994 bis 2005) angehört, gilt als Verfechter eines eher harten Kurses gegen die tamilischen Rebellen.

Bevölkerung

Sri Lanka hat etwa 19 – 20 Millionen Einwohner (Stand 2001) von denen die Mehrheit (74%) Singhalesen sind. Die Tamilen stellen mit rund 18% den zweitgrößten Bevölkerungsanteil.

Sri Lanka ist ein Land der religiösen Vielfalt, wobei die Buddhisten mit 69,3% die Mehrheit vor den Hindus mit 15,5%, den Muslimen mit 7,6% und den Christen mit 7,5% stellen. Die Tamilen gehören zum größten Teil dem Hinduismus an. Vor allem im Osten und den Großstädten der Insel leben die Moors, Nachfahren arabischer Kaufleute, die dem Islam angehören. Anders als in vielen anderen Regionen der Welt, führt die religiöse Vielfalt auf Sri Lanka zu keinerlei Problemen.

Die tamilische Diaspora

Die tamilische Diaspora entstand aus unterschiedlichen Gründen:

Die zahlenmäßig bedeutendste ist die letzte massive Auswanderungswelle von Tamilen Anfang der 80er Jahre. Sie steht im engen Zusammenhang mit dem in diesem Zeitraum eskalierenden Bürgerkrieg in den überwiegend von Tamilen bewohnten Landesteilen im Norden und Osten von Sri Lanka und dem Ausbruch zunehmender Gewalt. Seitdem sind schätzungsweise 700.000 Tamilen ins Ausland geflüchtet – die meisten nach Indien, Nordamerika oder Europa. Dort leben sie als Asylbewerber, Kontingentflüchtlinge oder anerkannte Asylberechtigte; teilweise haben sie die Staatsbürgerschaft in ihrem jeweiligen Aufnahmeland erworben. Die meisten von ihnen halten engen Kontakt zu ihren Verwandten im Heimatland und verfolgen mit großem Interesse die politische und militärische Entwicklung in Sri Lanka.

In der Bundesrepublik leben mehr als 50.000 Tamilen, davon fast die Hälfte in Nordrhein-Westfalen. Von diesen Tamilen, die durch ihre lange Anwesenheit in Deutschland oft einen entsprechenden Aufenthaltsstatus oder sogar die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, wurden in der Vergangenheit zahlreiche Geschäfte eröffnet. Dabei handelt es sich vorwiegend um Lebensmittelläden, Kioske, Videotheken und Telefonläden, aber auch um Imbissbuden, Restaurants, Druckereien, Reisebüros, Versicherungs- oder Heiratsagenturen.

Die LTTE auf Sri Lanka

Der tamilische Wunsch nach Unabhängigkeit entstand als Reaktion auf die "Sinhala Only Politik", die nach der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 vom Britischen Commonwealth von der singhalesisch dominierten Regierung betrieben wurde.



Prabhakaran

Nach einem Regierungswechsel 1956 wurde der Druck auf die Tamilen weiter erhöht. So wurden die Tamilen, die immer noch überproportional im Staatsdienst vertreten waren, zurückgedrängt. Dazu wurden tamilische Privatschulen geschlossen oder verstaatlicht, ein Beförderungsstopp für tamilische Beamte erlassen sowie die Streitkräfte und die Polizei nur noch mit singhalesischem Personal aufgestockt. 1965 wurde Sinhala zur alleinigen Amtssprache erklärt, die getrenntsprachige Erziehung aber beibehalten. Das benachteiligte die Tamilen, da für sie das Erlernen des Sinhala als Voraussetzung für den (höheren) Staatsdienst nun kaum noch möglich war. Nach 1970 wurde von der singhalesischen Regierung dann die Umsiedlung von Tamilen aus dem Norden und von singhalesischen Bauern in den Norden forciert.

Verschiedene tamilische Parteien schlossen sich daraufhin zur 'Tamil United Liberation Front' (TULF) zusammen. Die TULF forderte einen eigenen Tamilenstaat (Tamil Eelam) im Norden und Osten der Insel, was nach der Strategie der Parteiführer aber nur der Verbesserung der Verhandlungsposition für eine Föderalisierung des Staates dienen sollte.

Neben der TULF gab es zu diesem Zeitpunkt schätzungsweise noch weitere 30 tamilische Kleingruppen, darunter auch die 'Tamil New Tigers' (TNT). Diese Gruppe rückte am 27. Juli 1975 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, als der Bürgermeister von Jaffna ermordet wurde. Einer der mutmaßlichen Täter soll Velupillai Prabhakaran (geboren 1955 als Sohn eines Regierungsangestellten) gewesen sein, der Chef der TNT.

Der Mord am Bürgermeister von Jaffna war der erste politische Mord, der auf Sri Lanka von Tamilen verübt wurde. Zum damaligen Zeitpunkt soll Prabhakaran geschworen haben, dass er mit dem Kämpfen erst aufhören werde, wenn ein unabhängiger sozialistischer Staat 'Tamil Eelam' errichtet worden ist. Um diesem politischen Ziel Bedeutung zu verleihen, wurde die TNT am 5. Mai 1976 offiziell in 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) umbenannt. Seit diesem Zeitpunkt ist Prabhakaran Führer des Zentralkomitees und Oberbefehlshaber der LTTE. Er entwickelte sich zur charismatischen Leitfigur im "Befreiungskampf" und wird von vielen Tamilen als Volksheld verehrt.

Der Staat 'Tamil Eelam' soll aus Sicht der LTTE die nördlichen und die östlichen Provinzen Sri Lankas mit dem bedeutenden Hafenstädten Trincomalee und Batticaloa umfassen.



Dunkle Flächen: "Tamil Eelam"

1978 trat die LTTE erstmals mit einem Schreiben an die Öffentlichkeit, in dem sie sich zu elf politischen Morden bekannte. Noch im selben Jahr wurde die LTTE von der srilankischen Regierung verboten.

Durch einen im Jahre 1979 erlassenen "Prevention of Terrorism Act" verschärfte die srilankische Regierung dann die Bekämpfung der tamilischen Terroristen. Folge war, dass die LTTE nur noch im Untergrund agierte. Sie arbeitete nach dem Prinzip ihrer Vorbilder, der 'Palästinensischen Befreiungsorganisation' (PLO) und der 'Irish Republik Army' (IRA). Ihre Kader ließ sie damals von der PLO im Libanon ausbilden. Die Organisation orientierte sich streng an der marxistisch-leninistischen Ideologie. Die Ausbildung, Steuerung und der Einsatz der Kämpfer sowie der Transport von Waffen und sonstigen Kriegsgütern erfolgte von 1981 bis 1991 von Madras/Indien aus.

Dem militärischen Flügel der Organisation gehört auch eine Marineeinheit, die 'Sea-Tigers' und eine Kamikazetruppe, die so genannten 'Black-Tigers' an.

Einerseits genießen die 'Tiger' den Ruf, das tamilische Volk vor dem Genozid bewahrt zu haben, andererseits leiden viele Tamilen unter dem straffen Regime, das nicht davor zurück schreckt, Frauen und Kinder zum Kampf in den Befreiungskrieg zu schicken und Oppositionelle sogar bis ins Ausland zu verfolgen.

1983 eskalierten schließlich die Kämpfe zwischen den tamilischen Untergrundkämpfern, unter denen sich die LTTE bis 1986 die Vorherrschaft erkämpfte, zum offenen Bürgerkrieg. Anlass war die Ermordung von 13 Regierungssoldaten durch tamilische Kämpfer.

Die LTTE sabotierte alle Versuch einer Verhandlungslösung, wie sie zum Beispiel auch von der TULF angestrebt wurde. Bis 1986 eroberte die LTTE die Jaffna-Halbinsel und weite Teile der Nordzentral- und der Ostprovinz. Nachdem die indische Regierung seit Mitte der 80er zu vermitteln versuchte, entsandte sie im Juni 1987 mit UN-Mandat und unter Zustimmung der Regierung Sri Lankas, nicht jedoch der LTTE, Friedenstruppen. Die Einheiten gerieten zwischen alle Fronten. Statt die tamilischen Kämpfer zu entwaffnen und den Waffenstillstand zu sichern, wurden sie selbst in blutige Kämpfe verwickelt. Nachdem sich abzeichnete, dass der Einsatz gescheitert war, begann im Oktober 1989 der Rückzug. Nach dem vollständigen Abzug im März 1991 verstärkte sich der Bürgerkrieg erneut. Bis zum Dezember 1995 gelang es den Regierungstruppen dann, die Jaffna-Halbinsel zurück zu erobern.

In den Jahren nach 1991 erregten folgende Attentate gegen ranghohe Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die der LTTE zugerechnet werden, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit:

- : Am 21. Mai 1991 wurde der indische Regierungschef Rajiv Gandhi von einer Selbstmordattentäterin, die einen Sprengstoffgürtel zündete, ermordet. Neben der Attentäterin und Gandhi fanden weitere 16 Menschen den Tod. Die LTTE, die eine Verstrickung in den Mord bislang bestritten, bekannten sich Ende Juni 2006 zu der Tat und entschuldigten sich bei der indischen Regierung und dem indischen Volk.
- : Am 23. April 1993 wurden der Oppositionsführer Lalith Athulathmudali und am 1. Mai 1993 der Präsident Ranasinghe Premadasa ermordet. Das Attentat auf Premadasa wurde während einer öffentlichen Kundgebung in Colombo verübt, bei der weitere 30 Teilnehmer ums Leben kamen.
- : Im April 1994 wurden Bombenanschläge auf 4 Hotels und den Zoo in Colombo verübt. Zum zweiten Mal während des Bürgerkrieges wurden damit auch touristische Ziele durch die LTTE angegriffen. Beim ersten derartigen Attentat kamen 21 Menschen durch einen Bombenschlag auf ein Flugzeug der Air Lanka im Mai 1986 ums Leben.
- : Etwa drei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen am 9. November 1994 fielen der Präsidentschaftskandidat der Oppositionspartei UNP und weitere 57 führende Politiker der UNP einem Bombenattentat zum Opfer. Dabei wurden etwa 100 Menschen zum Teil schwer verletzt.
- : Bei zwei Sprengstoffanschlägen am 18. Dezember 1999 wurde Staatspräsidentin Kumaratunga im Gesicht verletzt und es kamen insgesamt 35 Menschen ums Leben.
- : Am 24. Juli 2001 verübten Selbstmordattentäter einen Anschlag auf den Internationalen Flughafen in Colombo, bei dem mehrere Zivil- und Kampfflugzeuge zerstört wurden. Insgesamt kamen bei diesem Anschlag ca. 20 Menschen ums Leben.

Die LTTE verfügt heute über insgesamt 10.000 - 15.000 Kämpfer, und ihr Hauptquartier befindet sich in Killinocchi, im Norden Sri Lankas. Über weite Teile des Nordens und Ostens Sri Lankas übt die LTTE die uneingeschränkte Herrschaft aus. Die LTTE hat Verwaltungsstrukturen aufgebaut, eine eigene Polizei und Rechtsprechung etabliert, erhebt Steuern und verfügt über eine Armee. Es besteht somit faktisch ein Staat im Staate.

Die LTTE im Ausland

Man geht derzeit davon aus, dass die LTTE Vertretungen in beinahe 40 Ländern der Erde unterhält, unter anderem auf dem asiatischen Kontinent, in Australien, Kanada, Italien, Frankreich, Großbritannien, der Schweiz und Deutschland.

Das Hauptziel der LTTE im Ausland ist das Beschaffen von Geldern für den Befreiungskampf in der Heimat. Ohne die regelmäßige finanzielle Unterstützung aus der Diaspora wären die LTTE kaum in der Lage, kontinuierlich für ihre Ziele einzutreten und den zunehmend teurer werdenden militärischen Apparat aufrecht zu erhalten.

Das weltweite tamilische Netzwerk arbeitet wie ein internationales Unternehmen und unterhält politische Vertretungen, humanitäre Hilfsorganisationen, Menschenrechtsbüros, Fernseh- und Radiosender, verlegt Zeitungen und Zeitschriften, ist auf unzähligen Homepages im Internet präsent und verfügt über die entsprechenden Bankverbindungen, um die erforderlichen finanziellen Transaktionen durchzuführen.

Viele Tamilen in der Diaspora leisten einen "Solidaritätsbeitrag" und Spenden regelmäßig für den Kampf. Über die Höhe der Gelder, die von den LTTE jährlich für den Kampf, aber auch für die Versorgung von Flüchtlingen in der Heimat akquiriert werden, liegen keine gesicherten Angaben vor. Es dürfte sich jedoch – in US-Dollar gerechnet – um eine Summe im zweistelligen Millionenbereich handeln.

Die internationale Gemeinschaft hat in den letzten Jahren das Verhalten und die Aktivitäten der LTTE sowohl im Heimatland als auch im Ausland intensiv verfolgt.

Vor allem die terroristischen Anschläge der LTTE auf Sri Lanka führten dazu, dass die USA und Indien die LTTE als "terroristische Vereinigung" eingestuft und ihr jegliche Aktivitäten in den beiden Ländern verboten haben.

Im Frühjahr 2001 ist Großbritannien als weiteres Land dem Beispiel der USA und Indiens gefolgt. Das Verbot in Großbritannien wog umso schwerer, als die LTTE bis zu diesem Zeitpunkt in London ihr wichtigstes Auslandsbüro unterhielt. Es war vor allem für die Verbreitung von Informationen und Propaganda sowie zur Koordination der zahlreichen internationalen LTTE-Aktivitäten zuständig.

Die stetig eskalierende Gewalt in Sri Lanka war dann mit ein Grund, weshalb im April 2006 Kanada und am 29. Mai 2006 die Europäische Union die LTTE auf die Liste der terroristischen Organisationen setzte. Die Listung durch die EU wurde mit einer politischen Erklärung verbunden, die die Listung nicht als endgültig bezeichnet und die Rücknahme in Aussicht stellt, sollten die LTTE dauerhaft der Gewalt abschwören und sich erkennbar nachhaltig für den Friedensprozess einsetzen.

Die LTTE in Deutschland

Terroristisch oder durch gewalttätige politische Agitation sind die LTTE in Deutschland bisher nicht in Erscheinung getreten. Generell ist es nach wie vor schwierig, bestimmte Aktivitäten direkt den LTTE zuzuordnen.

In Deutschland tritt die LTTE unter ihrer originären Bezeichnung nicht auf, so dass Rückschlüsse auf Strukturen aus diesem Grunde und der konspirativen Ausrichtung der Organisation schwer verifizierbar sind.

In Deutschland liegt der Schwerpunkt der Unterstützungsaktivitäten für die LTTE – wie in den anderen europäischen Ländern auch – in der Geldbeschaffung. Immer wieder fallen Informationen an, wonach die LTTE von den in Deutschland lebenden Tamilen zur Finanzierung ihrer Ziele erhebliche Geldmittel beziehen und auch in Deutschland Stadtführer und Finanzverantwortliche der Organisation in die Spendengeldgewinnung eingebunden sind.

Strukturen der LTTE in Deutschland und NRW

Die LTTE hat in den zurückliegenden Jahren ihre konspirativen Strukturen in Deutschland kontinuierlich ausgebaut und verfeinert. Es gibt zahlreiche Organisationen und Vereine, die konkret für bestimmte Aufgaben oder die Einbindung spezieller Personengruppen in die Arbeit der LTTE, gegründet wurden.

Bei dem 'Tamil Coordination Committee' (TCC) mit Sitz in Oberhausen soll es sich um die Deutschlandzentrale der LTTE handeln.

Im Januar 2004 wurde in Hamm/NRW die 'Tamil Youth Organisation e.V.' (TYO) gegründet. Ziel der Jugendorganisation ist es, ausländische Mitbürger über die Kultur und Gebräuche der Tamilen zu informieren, ferner das Sammeln von Informationen aus dem Bereich der technischen Entwicklung und die Förderung der tamilischen Jugend und deren sportlicher Aktivitäten. Die TYO, die im Internet über eine eigene Homepage verfügt, hat eigenen Angaben zufolge mittlerweile 21 Zweigstellen in der Bundesrepublik gegründet. Acht davon befinden sich in NRW (Wuppertal, Dortmund, Münster, Düsseldorf, Leverkusen).

sen, Bielefeld, Rheine und Jüchen). Im Internet werden Ansprechpartner für die jeweiligen Zweigstellen genannt. Der Hauptsitz der TYO befindet sich in Berlin.

Wichtige, der LTTE nahestehende Organisation

Der 'Tamilische Bildungsverband e.V.' (TBV), mit Sitz in Stuttgart wurde am 17. Oktober 1990 in Bonn unter der Bezeichnung 'World Tamil Movement' (WTM) gegründet. Ende 2000 benannte er sich um in 'Welt Tamilen Verein Deutschland e.V.' (WTM) und verlagerte zugleich seinen Sitz von Wuppertal nach Stuttgart. Im Mai 2004 schließlich wurde der Vereinsname in 'Tamilischer Bildungsverband e.V.' geändert.

Hauptaufgabe des TBV ist der Betrieb und die Unterhaltung tamilischer Schulen, den sogenannten Tamilalalayam. Aufgabe der Tamilalalayam ist es, gegen ein Entgelt, die Kinder der hier lebenden Tamilen in ihrer Muttersprache und der Kultur und Geschichte des Landes zu unterrichten.

In Deutschland soll es mehr als 100 dieser Schulen geben.

Eine weitere, der LTTE nahestehende Organisation ist die 'Tamil Rehabilitation Organisation' (TRO) mit Sitz in Wuppertal.

Die 1985 in Indien gegründete Selbsthilfeorganisation eröffnete 1992 in Deutschland eine Dependance. Sie verfügt im Internet über eine mehrsprachige Homepage, auf der sie ihre Aufgabe zusammengefasst wie folgt beschreibt: "Die Mission von TRO besteht darin, der Bevölkerung von Nordost Sri Lanka, der Region und Situation angepasste, am dringendsten benötigte Hilfeleistung zu bieten".

Im Zusammenhang mit Sammelaktionen wurden von der TRO in der Vergangenheit fast ausschließlich die in Deutschland lebenden Tamilen angesprochen und zu entsprechenden Spenden aufgefordert. In der Öffentlichkeit trat die TRO so gut wie nicht in Erscheinung.

Dies änderte sich mit der Flutkatastrophe in Asien. Seit Anfang Januar 2005 führte die TRO in zahlreichen nordrhein-westfälischen Städten mit großem (finanziellen) Erfolg öffentliche Sammlungen durch. Zudem nutzte sie das Interesse der Medien und machte in der örtlichen Presse auf ihre humanitären Ziele aufmerksam.

Den größten Teil der Einnahmen erzielt die TRO durch das Sammeln von Spenden unter den eigenen Landsleuten. Anders als bei der LTTE, die regelmäßig einen monatlichen oder jährlichen Betrag von ihren Anhängern einfordert, sammelt die TRO in der Regel anlassbezogen oder für einen besonderen Zweck.

Zudem richtet sie jedes Jahr zahlreiche Kultur- und Sport- und Gedenkveranstaltungen aus oder nimmt an diesen teil. Dort erzielt sie durch den Verkauf von Eintrittskarten, Büchern, Videos und Musikkassetten ebenfalls erhebliche Einnahmen. Bei entsprechenden Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen können regelmäßig 500 - 2.000 Besucher festgestellt werden.

Ausblick

Realistisch betrachtet gibt es derzeit kaum Hoffnung für einen Frieden in Sri Lanka.

Die jahrelangen Bemühungen der unter norwegischer Leitung stehenden Friedensverhandlungsgruppe führten zu keinem positiven Ergebnis.

Und auch die Ende Mai von den Geberländern für Sri Lanka (EU, Japan, USA) beiden Konfliktparteien – also auch der Regierung Sri Lankas – gegenüber ausgesprochene Ankündigung, im Falle einer Fortführung der Gewalt jegliche finanzielle Unterstützung einzustellen, führte nicht zu einem Einlenken der Parteien.

Seit April diesen Jahres hat die Welle der Gewalt Woche für Woche einen neuen Höhepunkt erreicht. Sie gipfelte nun am 31. Juli in der Nähe von Trincomalee in den schwersten Kämpfen zwischen der Armee und den Rebellen seit dem Waffenstillstand im Jahre 2002. Bei diesen Kämpfen kamen nach Militärangaben mindestens 44 Menschen ums Leben.

Obwohl allen Seiten klar ist, dass das Waffenstillstandsabkommen nur noch auf dem Papier existiert, scheuen sich allem Anschein nach sowohl die Regierung als auch die LTTE, den Waffenstillstand offiziell aufzukündigen - wohl vor allem, um vor der Weltöffentlichkeit nicht als Verantwortlicher für einen neuen Krieg dazustehen

5 Der transnationale islamistische Terrorismus: Ursachen und Entwicklungen

Immer wieder erschüttern uns Anschläge islamistischer Terroristen. Die Anschläge in Istanbul, Madrid und London sowie die vereitelten Anschläge auf Synagogen und Restaurants in Düsseldorf und Berlin und zuletzt die "Kofferbomben" in Regionalzügen in NRW, die nicht gezündet haben, machen die Gefährdung europäischer Staaten deutlich.

Der transnationale islamistisch motivierte Terrorismus ist ohne Zweifel die größte sicherheitspolitische Herausforderung, und er wird dies aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren bleiben. Ihn zu bekämpfen, Anschläge zu verhindern oder zumindest ihre Begehung zu erschweren, Terrorstrukturen aufzudecken und Terroristen das Handwerk zu legen, ist vor allem die Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Dieser Aufsatz geht der Frage nach, mit welchen ideologischen und politischen Wurzeln wir es in der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus zu tun haben.

Terrorismus – ein mehrdimensionaler Begriff

Eine objektive, allgemeinverbindliche, wissenschaftlich fundierte Definition von Terrorismus gibt es nicht. Die Übereinstimmung im Verständnis des Wortes ist deshalb oft nur scheinbar. Das kann genügen, solange keine gegensätzlichen politischen Interessen vorliegen – für ein international abgestimmtes Vorgehen gegen Terrorismus reicht das nicht.

Der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Alex P. Schmid hat 1984 auf der Suche nach einer allgemeingültigen Definition von Terrorismus 101 verschiedene Begriffsbestimmungen gesammelt und die Gemeinsamkeiten herausgefiltert. Er fand darin 22 verschiedene Faktoren, die als kennzeichnend für Terrorismus angegeben wurden, aber nicht einen, der in allen Definitionen vorkommt. Über 80 Definitionen betonten die Anwendung von Gewalt oder Zwang, aber nur 30 verbanden damit eine spezifische Methode des Kampfes, der Strategie oder Taktik. In etwa zwei Drittel der Definitionen wurde dem Terrorismus eine politische Dimension zugemessen, aber nur 6% erwähnten einen kriminellen Aspekt.

Der Rahmenbeschluss, den der Europäische Rat im Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung erlassen hat, definiert, was in der EU als terroristische Straftat gilt. Demnach ist Terrorismus eine schwer wiegende Schädigung der öffentlichen Ordnung oder die Drohung mit dieser zum Zwecke der Durchsetzung von politischen Forderungen durch nicht-staatliche Organisationen.

Nach dieser Definition, die Terrorismus vor allem durch das Merkmal "Gewaltausübung (oder Drohung damit) zum Zwecke des politischen Wandels" beschreibt, müsste man wohl auch die Attentäter des 20. Juli 1944 in die Kategorie "Terroristen" einstufen. Dieses Attentat erfüllt auch die Bedingung, von einer nicht-staatlichen Organisation verübt worden zu sein. Der Nazi-Terror gegen Andersdenkende und "Nichtarier", der seinen schrecklichen Höhepunkt in den Vernichtungslagern fand, wäre dagegen, da er von Staats wegen und aufgrund geltenden Rechts verübt wurde, kein Terror. Es ist keine Frage, dass sich diese Konsequenz verbietet. Die Tat der Männer des 20. Juli war ein Akt des legitimen Widerstands gegen ein Unrechtsregime und kein Terrorakt.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie wichtig der subjektive politische Standpunkt bei der Beurteilung und Definition von Terrorismus ist. Manche Definitionen heben ganz auf diesen Aspekt ab und erklären praktisch alle Feinde der eigenen Herrschaft zu Terroristen.

Zur Definition des Terrorismus gehört auch die Frage nach der Legitimität oder Illegitimität einer Gewaltaktion: Wenn von Terror und Terrorismus gesprochen wird, wird zugleich deutlich gemacht, dass die Tat als absolut illegitim angesehen wird, sie durch nichts zu rechtfertigen ist, und dass die Täter außerhalb jeder zivilisierten Gemeinschaft stehen. Der Terrorismusvorwurf ist deshalb auch ein Instrument, den Gegner moralisch zu deklassieren und sich selbst in die Position des moralisch Überlegenen zu bringen.

Dies alles gilt nicht nur in Bezug auf den islamistisch motivierten, sondern ebenso für jeden anderen Terrorismus. Katholische Iren – seien sie aus der Republik Irland, aus der Provinz Ulster oder aus den USA – sahen die Terroranschläge der IRA in Nordirland und anderenorts bekanntlich mehrheitlich als Widerstand und Freiheitskampf an, während die überwiegend protestantischen Engländer und die britische Regierung darin Terrorakte sahen und die IRA als Terrororganisation betrachteten.

Eine brauchbare Arbeitsdefinition muss also einmal alle jene Gewaltakte umfassen, die wir "gefühlsmäßig" und damit durchaus subjektiv, dem Terrorismus zuordnen. Zugleich sollten alle jene, die wir nicht als terroristisch bezeichnen, auch ausgeklammert werden. Sie steckt damit Grenzen ab und macht deutlich, was mit welcher Begründung dazuzurechnen ist und was nicht und reduziert so die Beliebigkeit des Begriffes. Eben dieses ist als theoretischer Unterbau für die Arbeit der Sicherheitsbehörden notwendig.

Terrorismus ist eine Form von Gewalt, die direkt oder indirekt eine politische Zielsetzung hat. Fehlt diese, so spricht man von Terror, nicht von Terrorismus. Ziel von Terror ist es, Angst und Schrecken zu verbreiten und den Gegner zu verunsichern und zu demoralisieren. Er soll dazu gebracht werden, seinen Widerstand aufzugeben und sich dem fremden Willen unterwerfen.

Nach dem Gesagten, definieren wir Terrorismus als "Die Anwendung von Gewalt ohne erkennbare Kampfsituation, bei der am politischen Konflikt nicht direkt beteiligte Personen (Unschuldige, Nicht-Kombattanten) gezielt und massiv geschädigt werden, oder deren Schädigung billigend in Kauf genommen wird, um so die Bevölkerung in Angst und Unsicherheit zu versetzen, und hierdurch eine Regierung zu einem gewünschten politischen Verhalten zu zwingen."

Islam – Islamismus – Terrorismus, eine Religion unter Generalverdacht?

Die Gleichsetzung von Islam, Islamismus und Terrorismus ist angesichts einer real vorhandenen Bedrohung durch islamistisch motivierte Terroristen zweifellos populär. Die Islamkritiker und Verfechter dieser These nehmen alte Vorurteile und Klischees über den Islam auf, finden sie durch Bilder aus der islamischen Welt oder von Muslimen hierzulande bestätigt, und fällen – scheinbar objektiv – ihr Urteil.

All dies ist nachvollziehbar, doch es ist eben nicht objektiv, denn diese Kritiker berücksichtigen nicht die Vielfalt an Lebensentwürfen und Vorstellungen, die sich selbst als islamisch definieren. Ihre Herangehensweise hilft vor allem nicht dabei, die tatsächlichen Quellen von terroristischer Bedrohung zu erkennen – hierfür bedarf es einer genaueren Analyse. Pauschale Urteile über "den Islam" oder "den Islamismus", wie sie von manchen so genannten Experten öffentlichkeitswirksam abgegeben werden, sind deshalb für die Abwehr islamistisch extremistischer oder terroristischer Bestrebungen in keiner Weise hilfreich. Ebenso wenig hilfreich ist es jedoch, islamistisch motivierten Terror vollkommen unabhängig und ohne Zusammenhang mit der islamischen Welt, den Muslimen und bestimmten Interpretationen des Islam sehen zu wollen. Usama bin Laden und andere Terroristen berufen sich nun einmal auf den Islam, verweisen auf Passagen im Koran, die ihre Sichtweise – nämlich dass der Terror legitimer Jihad sei – zu stützen scheinen, und finden damit unter nicht wenigen Muslimen durchaus Anklang. Es sei aber fest-

gehalten, dass die Mehrheit der Muslime diese Interpretation der Koranverse so nicht teilt und unter Verweis auf andere Verse den Islam als eine Religion des Friedens ansieht.

Islam

Innerhalb der islamischen Welt und unter den Muslimen herrscht ein offensichtlicher Richtungsstreit um den Umgang mit dem, was gemeinhin als "die Moderne" bezeichnet wird. Es geht um die Frage, wie das Verhältnis des Islam zu dieser Moderne zu bestimmen ist und um seine "richtige" Interpretation, die in den Schlagworten "Jihad-Religion" oder "Friedensreligion" ihren Ausdruck findet. Dieser Richtungsstreit betrifft uns unmittelbar als Land, in dem mehr als drei Millionen Muslime leben, die ihren Platz in unserer Gesellschaft finden, also integriert werden müssen. Und er betrifft uns wegen der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus.

Der Streit über die richtige Interpretation des Islam, der zwischen fundamentalistischen, konservativ-traditionalistischen, liberal-traditionalistischen, modernistischen und säkularen Muslimen ausgetragen wird, spiegelt sich auch in der westlichen Diskussion über den Islam wider. Verkürzt gesagt, gehen die Einen mit Huntington von einem "Clash of Civilizations", die Anderen von einer multikulturellen Vielfalt aus, die mal mehr, mal weniger problematisch sein kann.

Für die Huntington-These machen sich einige "Islamexperten" stark. Sie behaupten, dass der Islam grundsätzlich eine Frauen unterdrückende, die Menschenrechte missachtende, mit der Demokratie unvereinbare, aggressive und den Terrorismus fördernde Religion sei. Die etwas moderateren Vertreter dieser These gestehen zwar einzelnen Muslimen oder Gruppen von Muslimen zu, sich "islamwidrig", also friedlich und demokratisch zu verhalten. Dieses Verhalten würde aber im Grunde gegen die Lehren und Auflagen ihrer Religion verstoßen. Diese Beurteilung des Islam geht aus von einem Islamverständnis, das sich ganz und gar an den althergebrachten Vorstellungen von dem auf Koran und Sunna basierenden islamischen Recht, der Scharia, orientiert. Dieses Islamverständnis wird als unveränderbare Größe definiert. Die Religion ist danach ein fester, nicht veränderbarer Körper, dessen Gestalt von der heiligen Schrift definiert wird.

Bei dieser Beurteilung sind sich die westlichen "islamkritischen Islamexperten" und ihre erklärten Gegner, islamische Fundamentalisten, einig. Auch die fundamentalistische Sichtweise der Religion beharrt darauf, die heilige Schrift als wörtlich wahr, unveränderbar und nicht interpretierbar zu betrachten. Das daraus abgeleitete Verständnis von Islam und Scharia bietet keinen Raum für Veränderungen. Islamische Fundamentalisten und Vertreter der These vom "Clash of Civilizations" gehen also von demselben Religionskonzept eines festen, unveränderlichen Körpers aus.

Dagegen sieht eine Mehrheit der Islamwissenschaftler die Religion eher als ein geistiges Phänomen, das erst durch Konvention seine Gestalt erhält. Normative Texte wie der Koran bieten immer verschiedene Möglichkeiten der Interpretation. Letztendlich kommt es deshalb nicht darauf an, welche Möglichkeiten eine Religion beispielsweise für eine aggressive Auslegung bereit hält, sondern wie die Anhänger ihren Glauben mit Leben erfüllen. Nach dieser Vorstellung ist jede Religion und jede Weltanschauung, also auch der Islam, zu einer bestimmten Zeit und in einer bestimmten Gesellschaft jeweils das, was die Angehörigen der Religion oder der Weltanschauung daraus machen. Man denke an das Christentum im Mittelalter und in der Gegenwart, an den Maoismus zur Zeit der "Kulturrevolution" und heute. Der Islam hat heute gleichzeitig völlig verschiedene, zum Teil konträre Gesichter.

Islamismus

Für den Verfassungsschutz sind im Zusammenhang mit dem Islam solche Ideologien relevant, die eine aus unserer Sicht extremistische Einstellung haben und sich auf den Islam berufen. Hier sprechen wir dann von Islamismus, der also das Kennzeichen einer extremistischen Ideologie trägt und nicht mit dem Islam an sich gleichzusetzen ist.

Auch beim Islamismus haben wir es jedoch nicht mit nur einer ideologischen Ausprägung zu tun. Den verschiedenen islamistischen Ideologien ist gemeinsam, dass sie eine im Ergebnis totalitäre Ordnung anstreben, die mit dem Islam beziehungsweise seinen Quellen (Koran und Sunna) begründet und als "Herrschen des Islam" bezeichnet wird. Bei den Vorstellungen, wie die zu errichtende "islamische Herrschaft" konkret gestaltet werden soll, gehen die Meinungen der Islamisten bereits erheblich auseinander: Etwa in der Frage, ob mit oder ohne einen Kalifen, oder was als "islamisch" geduldet, was verboten und bestraft werden soll – beispielsweise Heiligenverehrung oder Rasur des Bartes. Auch in den Methoden, mit denen "islamische" Herrschaft erreicht werden soll, unterscheiden sich die Gruppierungen stark. Das Spektrum reicht von solchen, die den globalen Jihad postulieren bis hin zu solchen, die den politischen "Marsch durch die Institutionen" verfolgen. Für die Sicherheitsbehörden reicht es deshalb nicht aus, islamistische Gruppierungen als solche zu erkennen und zu beobachten. Die Kenntnis der jeweiligen ideologischen Grundlagen, aus denen jeweils unterschiedliche Strategien erwachsen können, ist notwendige Bedingung, um adäquate Strategien zur Abwehr von islamistischen Bestrebungen entwickeln zu können.

Terrorismus

Die Anwendung von Gewalt gegen alle, die für Feinde gehalten werden, ist nur eine von verschiedenen Strategien von Islamisten. Dieser Terrorismus richtet sich vor allem gegen zivile Einrichtungen und Personen. Ziele, Strategien und Mittel des Terrorismus können dabei variieren.

Selbstmordanschläge werden von den meisten islamistischen Terrorgruppen als "ultimative Waffe" gepriesen und angewendet. Die bewusste Inkaufnahme des eigenen Todes, um dem Gegner dadurch größtmöglichen Schaden zuzufügen, ist weder eine Erfindung von Islamisten noch aus der Ideologie zwingend abzuleiten. Wir kennen dieses Phänomen bei militärisch Unterlegenen nicht nur von den legendären japanischen "Kamikaze" und den "Selbstopfer-Einsätzen" der deutschen Luftwaffe kurz vor Kriegsende, sondern auch von den hinduistisch geprägten Tamil Tigers in Sri Lanka, die diese Anschlagsform seit langem und bis heute sehr intensiv anwenden. Von einer islamistischen Gruppierung wurde das Selbstmordattentat erstmals am 23. Oktober 1983 gegen das US-Hauptquartier in Beirut angewendet, wobei 241 US-Marines ums Leben kamen. Kurz darauf zogen die USA und ihre Verbündeten ihr Militär aus dem Libanon ab. In den folgenden Jahrzehnten wurde diese Methode jedoch kaum von islamistischen Gruppierungen angewendet. Erst mit der Intifada und vor allem nach dem 11. September 2001 wurde diese "Waffe" von Islamisten wieder entdeckt und eingesetzt. Seitdem werden Selbstmordattentate von bestimmten islamistischen Gruppierungen beziehungsweise ideologischen Richtungen geradezu inflationär verübt. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht mindestens ein solcher Anschlag im Irak – dort meist im amerikanischen Sektor, dem so genannten "sunnitischen Dreieck" – zu verzeichnen ist.

Hinsichtlich der Strategie können im Bereich des Terrorismus grob zwei Richtungen unterschieden werden. Die eine verübt Terroranschläge (häufig Selbstmordanschläge) nur in einer bestimmten Region (Kampfbzone). Dies galt beispielsweise für die IRA und ebenso für die palästinensische und zugleich islamistische HAMAS. Auch die 'Hizb Allah' folgt seit über einem Jahrzehnt dieser Richtung. Auf der anderen Seite sehen wir Gruppierungen, die von vornherein einen globalen Ansatz haben, und deren Kampf deshalb nicht auf eine bestimmte Region begrenzt bleibt. An erster Stelle gilt dies für die islamistisch und fundamentalistisch ausgerichtete 'Al-Qaida' mit ihrer Idee vom Kampf gegen die vom Westen geprägte

Moderne und die Globalisierung. 'Al-Qaida' ist die Hauptvertreterin des internationalen, genauer gesagt transnationalen (nationale Grenzen überschreitenden) Terrorismus.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist in erster Linie der transnationale islamistische Terrorismus eine Bedrohung. Seit den Anschlägen von London müssen wir zudem zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur Personen, die eine Kampfausbildung in einem der ehemaligen Trainingscamps der 'Al-Qaida' in Afghanistan erhalten haben, gefährlich werden können. Die Londoner Attentäter waren scheinbar in die britische Gesellschaft integriert, es gab für die Sicherheitsbehörden keine erkennbaren Anhaltspunkte für ihre islamistische und jihadistische Haltung. Diese als "home grown terrorism" bezeichnete Erscheinung ist eine neue und besondere Herausforderung für alle Sicherheitsbehörden. Denn ohne Anhaltspunkte kann man keine Erkenntnisse gewinnen, ohne diese nichts analysieren und ohne Analyse keine wirkungsvollen Maßnahmen treffen. Die Möglichkeit, dass unerkannte, scheinbar integrierte Muslime bereit sind, Terroranschläge zu begehen, kann sehr leicht in einen Generalverdacht gegen alle Muslime umschlagen. Dieser führt aber die Sicherheitsbehörden bei ihrer Aufgabenerfüllung nicht weiter. Es ist vielmehr notwendig, die Tat und vor allem die Attentäter, ihren Hintergrund und ihre Motivation zu ergründen, um sensibilisiert zu sein und in Zukunft mögliche Anhaltspunkte nicht zu übersehen. In der Bevölkerung darf ein solcher Generalverdacht gar nicht erst aufkommen; deshalb wenden wir uns auch in der Öffentlichkeit regelmäßig und hartnäckig dagegen.

Verstärkt werden müssen zweifellos die Bemühungen, im jihadistischen Bereich Anhaltspunkte zu gewinnen. Hierbei kann die Einbeziehung islamischer Organisationen in die Terrorabwehr, wie sie mit den Sicherheitsgesprächen zwischen den großen islamischen Organisationen in Deutschland und den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern begonnen hat, neue Möglichkeiten eröffnen.

Entwicklung des Jihadismus

'Al-Qaida', jener Name, der für alle nach dem 11. September 2001 von Islamisten begangenen Anschläge steht, war ursprünglich eine Anlauf- und Sammelstelle für arabische Freiwillige, die als Mujahedin ihren afghanischen Glaubensbrüdern im Kampf gegen die Sowjetunion helfen wollten. Nach dem Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan 1989, der von den Mujahedin als Sieg über eine der beiden Supermächte interpretiert wurde, kehrten die Kämpfer zum großen Teil zurück in ihre Herkunftsländer. Dort schlossen sie sich islamistischen Organisationen an, die unter zumeist totalitären Regimen um Teilhabe an der Macht stritten.

Anfang der 90er Jahre verkündete der amerikanische Präsident George Bush – der Vater des jetzigen Präsidenten – seine Vision einer von amerikanischen Vorstellungen geprägten "neuen Weltordnung". Zugleich wurden die Islamisten der algerischen 'Front Islamique du Salut' (FIS) durch einen Putsch des säkular eingestellten Militärs um ihren sicher geglaubten Sieg bei den Parlamentswahlen gebracht und die USA erhielten im Zuge des Irak-Kriegs 1991 Stützpunkte in Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten.

In den Augen von Islamisten bedeutete dies einen direkten oder im Falle Algeriens indirekten Angriff des Westens auf die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Selbstständigkeit der islamischen Welt. Ferner wurde deutlich, dass die vom Westen unterstützten Regime in islamischen Ländern nur dann überwunden werden konnten, wenn der Westen seine Unterstützung zurückzieht. Der Abzug der Roten Armee aus Afghanistan und der folgende Zusammenbruch der Sowjetunion hatte dem Selbstbewusstsein dieser Islamisten großen Auftrieb verliehen. Obwohl die Beseitigung der regionalen Herrscher das eigentliche Anliegen der verschiedenen islamistischen Gruppen war und ist, hat mit 'Al-Qaida' eine neue Strategie Einzug gehalten. Der Kampf von 'Al-Qaida' ist nicht mehr auf einen regionalen Umsturz in islamischen Ländern gerichtet, sondern wird gegen den "Westen" an sich, und ganz besonders gegen die westliche Supermacht USA, geführt.

Für die Wirksamkeit der Propaganda der 'Al-Qadia' ist es hilfreich, dass Verschwörungstheorien im Orient weit verbreitet sind und ihnen oft ein hoher Wahrheitsgehalt zugebilligt wird. Gegenstand solcher Theorien sind – ähnlich dem europäischen Antisemitismus – oft "die Juden". So werden in der Propaganda von Islamisten "die Juden" oder "die Zionisten" als die eigentliche "den Westen" beherrschende Macht dargestellt und deshalb ebenfalls nicht nur regional in Palästina/Israel, sondern auch global als Feind betrachtet.

Das Mittel dieses Kampfes ist vor allem der Terroranschlag, denn auf militärischem Gebiet hat 'Al-Qaida' den Streitkräften der westlichen Staaten nichts entgegenzusetzen. Dort, wo es möglich ist, wird allerdings auch militärisch gekämpft, so in Afghanistan oder im Irak. Zweck des Kampfes ist es, den Gegner zu der "Einsicht" zu zwingen, dass er sich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Schäden aus der islamischen Welt komplett heraus zu halten, und vor allem die wirtschaftliche und militärische Hilfe für prowestliche Regime in der islamischen Welt einzustellen hat.

Ursachen für islamistischen Terrorismus

Nach dem 11. September 2001 wurde die Frage gestellt: "Warum hassen sie uns – die Muslime, die Islamisten oder die Attentäter?" Diese Frage, die dem "Uns", dem Westen, ein nicht genauer definiertes "Sie" gegenüber stellt, verleitet dazu, von zwei in sich geschlossenen Welten auszugehen, die sich feindlich begegnen. Dieses Bild entspricht jedoch nicht einer viel komplexeren Realität. Denn tatsächlich verlaufen die Konfliktlinien zwischen den Werten einer aufgeklärten Moderne einerseits und traditionell – oder fundamentalreligiösen Gesellschaftsentwürfen andererseits – nicht zwischen "dem Westen" und "der islamischen Welt", sondern vielmehr quer durch beide. Die Aufklärung und die menschliche Vernunft, auf denen unser demokratischer Rechtsstaat basiert und die die Triebkräfte der Moderne sind, haben ihre Gegner nicht nur – wenn auch im Verhältnis häufiger – unter islamischen Fundamentalisten, diese sind auch unter christlichen, jüdischen oder Fundamentalisten anderer Religionen zu finden. Andererseits sind nicht nur Juden und Christen Anhänger und Verfechter der Aufklärung und der Moderne. Diese finden sich ebenso unter Muslimen, Hindus, Buddhisten und anderen.

Wenn islamistische Gruppierungen dennoch das Feindbild "Westen" je nachdem als christlich, gottlos oder jüdisch dominiert zeichnen und wenn demgegenüber "der Islam" als Bedrohung des friedliebenden und toleranten "Westens" dargestellt wird, so ist dies einerseits ein Rückgriff auf jeweils vorhandene Klischees. Zum anderen leitet sich dieses Feindbild aber auch aus historischen Konfrontationen ab, die für Propagandazwecke in schwarz-weiß dargestellt werden.

Als eine Ursache für den Zulauf zu islamistischen Gruppierungen wird oft die Armut in großen Teilen der islamischen Welt, ihr Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Westen und ihre junge, nach Perspektiven für die eigene Zukunft suchende Bevölkerung angeführt.

Die Lebensbedingungen für die einfachen Menschen in den meisten islamischen Ländern sind, verglichen mit denen in Nordamerika oder Westeuropa, schlecht bis katastrophal. In der globalisierten Welt sind jedoch technische Geräte wie Radio, Fernsehen, Satellitenanlagen und Internetzugänge selbst in den ärmsten Gegenden der "dritten Welt" vorhanden, das tägliche Brot und sauberes Wasser dagegen nicht immer. Dadurch haben die Menschen im wahrsten Sinne des Wortes ein Bild von den Lebensverhältnissen im post-industriellen Westen. Dieses Bild entspricht dabei keineswegs immer der Realität, sondern dem, welches durch Filme, Quiz-, Unterhaltungs-, Horror-, Krimi-, Erotik-Sendungen und nicht zuletzt durch die Werbung in den Fernsehprogrammen vermittelt wird. So entsteht zum Beispiel in der islamischen Welt der Eindruck, dass es den Menschen im "Westen" materiell sehr gut gehe, aber ihre vollkommene Ausrichtung auf das Materielle sie moralisch auf Abwege geraten lasse. Für sie stünden nur die Befriedigung der eigenen Lust und der eigenen Bedürfnisse im Vordergrund. Es zähle derjenige, der materiellen Gewinn erwirtschaftet. Kinder jedoch würden als Belastung angesehen, Alte nicht respektiert

und in Altenheimen "abgeschoben", Frauen nicht als Frauen und Mütter gewürdigt, sondern entweder in eine "Männerrolle" gedrängt oder als "Sexobjekt" ausgebeutet. Der Mensch habe Werte und Ideale verloren.

Das Bild vom "Westen" wirkt, was die materiellen Güter und die Befriedigung individueller Wünsche angeht, ebenso verlockend, wie die Kehrseite dieser Medaille erschreckend. Die Haltung in der islamischen Welt gegenüber dem Westen ist also ambivalent. Es hängt sehr von den subjektiven Erfahrungen, der gesellschaftlichen Stellung, den Möglichkeiten und Perspektiven des Einzelnen ab, ob man eher die positiven oder die negativen Seiten dieser Wahrnehmung betont, oder sogar diese Wahrnehmung selbst kritisch hinterfragen und relativieren kann. Dabei gilt in der Tendenz: Je weniger man von den Vorteilen des Westens profitiert, desto negativer wird dieser gesehen.

Wenn es um politische Vorstellungen und Konflikte zwischen dem Westen und islamischen Ländern geht, wird dem Westen von Islamisten – aber nicht nur von diesen – häufig vorgehalten, den von ihm selbst hochgehaltenen Werten wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nur dann Bedeutung beizumessen, wenn dies den eigenen politischen Interessen nütze. Wenn es aber nützlicher ist, ein undemokratisches, die Freiheit stark einschränkendes und die Menschenrechte teilweise oder auch gänzlich missachtendes Regime zu unterstützen oder mit diesem zusammenzuarbeiten, dann geschehe auch dies ohne Zögern. Auf diese Weise wird dann der Westen schlechthin für die Missstände im eigenen Land mit verantwortlich gemacht. Die Abhängigkeit vieler Regime in der islamischen Welt vom Westen erscheint den Menschen somit als indirekte Fortführung des Kolonialismus auf subtilere aber noch wirksamere Art und Weise.

Die Zeit der Kolonial- beziehungsweise Mandats Herrschaft europäischer Mächte über islamische Völker hat tiefe Spuren im Bewusstsein vieler islamischer Völker hinterlassen und wirkt bis heute nach. Zu dieser Zeit galt die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit als Weg zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme. Zugleich waren aber auch islamische Reformer unterwegs, die den Islam modernisieren wollten. In den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts schien dann die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme auch für die islamische Welt im Sozialismus zu liegen. In der arabischen Welt hieß der Protagonist dieser Richtung Gamal Abdel Nasser, der sich weit über Ägypten hinaus in der gesamten arabischen Welt großer Sympathie erfreute. Die letztendliche Erfolglosigkeit seiner Innen- und Außenpolitik führte allmählich zur Stärkung einer anderen Ideologie, die den Menschen die Rettung aus ihrer verzweifelten Lage und die Schaffung einer heilen Welt verspricht, dem Islamismus, der eine religiös konservative oder auch fundamentalistische Ausrichtung haben kann.

Politische und wirtschaftliche Ursachen

Neben den gewaltigen und drängenden sozialen Problemen in der islamischen Welt, für die der Islamismus sich als heilbringende Ideologie anpreist, spielt auch das allgemein verbreitete Empfinden der Unterlegenheit gegenüber dem Westen in allen materiell messbaren Bereichen eine wichtige Rolle. Diese Unterlegenheit kontrastiert stark mit einem Überlegenheitsgefühl, das aus der moralischen Stärke resultiert, über die die islamische Welt in ihrer mehrheitlichen Eigenwahrnehmung zu verfügen glaubt. Dazu kommt, dass im Orient das historische Bewusstsein stark entwickelt ist und die Zeit der materiellen und technologischen Blüte der islamischen Welt während des Mittelalters (7.-15. Jh.), in der diese auch wirtschaftlich, militärisch und politisch dominierte, das Bewusstsein als Muslim und Araber prägt. Die Schuld für den Niedergang sieht man in äußeren Faktoren, insbesondere im Kolonialismus und europäischen Imperialismus.

Der religiöse und der historische Faktor sind jedoch nicht die einzigen, die einen Gegensatz zwischen der islamischen Welt und dem Westen erzeugen. Hinzu kommt die Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern, die zwar auch religiöse Züge trägt, die immer wieder einmal instrumentalisiert wer-

den, die aber in erster Linie ein nationaler Interessenkonflikt ist. Die Bedeutung dieses Konflikts kann – insbesondere vor dem historischen Hintergrund (Kreuzzüge, Kolonialismus), der für die Muslime große Relevanz besitzt – gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Verbindung zwischen den USA, der westlichen Führungsmacht, und Israel, "dem Stachel im Fleisch der arabisch-islamischen Welt", erscheint dabei so eng, dass sie beide in der Propaganda von Islamisten als die ausgemachten Feinde der islamischen Welt, ja des Islam erscheinen. Ayatollah Khomeini sprach in diesem Zusammenhang vom "kleinen" und vom "großen Satan". Verschwörungstheorien, nach denen die Juden die Welt und insbesondere die USA "regieren" würden, und andere antisemitische Klischees, die aus dem europäischen Antisemitismus übernommen wurden, sind in diesem Zusammenhang häufig anzutreffen.

Die in den meisten islamischen Staaten herrschende Armut großer Bevölkerungsteile, die Korruption und Vetternwirtschaft der herrschenden Schichten, die mangelnde politische Legitimität der Herrschenden aufgrund von undemokratischen politischen Systemen, die Unterdrückung von regierungskritischen Äußerungen, politischen Parteien und Bewegungen – alles Dinge, für die, wie gesagt, der Westen verantwortlich gemacht wird – bilden einen Nährboden für radikale politische Strömungen.

Daraus zu schließen, allein Armut und undemokratische Lebensumstände führten zu Islamismus, wäre jedoch zu kurz gegriffen. Denn ohne Menschen, die über ein gewisses Maß an Bildung, Geld und Einfluss verfügen und einen Ausweg für die Massen aufzeigen können, werden die meisten ihre Wünsche nicht als politische Forderungen formulieren. Um eine größere Zahl von Unzufriedenen politisch zu mobilisieren, bedarf es deshalb gebildeter und wohlhabender Personen, die als "Führungspersonal" die Leitung übernehmen und Geld für die Organisation zur Verfügung stellen.

Konsequenzen

Der UN-Generalsekretär Kofi Annan hat auf dem "Internationalen Gipfeltreffen über Demokratie, Terrorismus und Sicherheit" in Madrid ausgeführt: Eine erfolgreiche Anti-Terrorstrategie müsse:

- : Unzufriedene Gruppen davon abbringen, Terror als Taktik zum Erreichen ihrer Ziele zu wählen;
- : Terroristen den Zugang zu den Mitteln für die Durchführung ihrer Taten erschweren;
- : Staaten dazu bringen, dass sie Terrorismus nicht unterstützen;
- : die Fähigkeiten der Staaten für die Terrorprävention ausbauen und
- : die Menschenrechte im Antiterrorkampf verteidigen.

In der Praxis wird die Schwierigkeit vor allem darin liegen, die Forderungen Annans so zu operationalisieren, dass die Balance von repressiven und unterstützenden Maßnahmen gewahrt bleibt. Legt man den Schwerpunkt im Antiterrorkampf zu sehr auf Repression, so besteht die Gefahr, dass man den eigenen Ansprüchen zur Beachtung der Menschenrechte nicht immer gerecht wird. Dies wird von islamistischen Propagandisten sofort ausgeschlachtet und trägt dazu bei, dass sich Menschen in der islamischen Welt als "Opfer des imperialistischen Westens" sehen. Das wiederum kann Muslime unter bestimmten Umständen zum Terrorismus motivieren.

Ohne repressive Maßnahmen ist eine entschlossene Bekämpfung von Terroristen aber nicht durchführbar. Da die Terroristen sich konspirativ verhalten, sind die Sicherheitsorgane gezwungen, sich auf Anhaltspunkte zu stützen und auf Verdacht hin vorzugehen. Dabei können nicht nur die eigentlichen Terroristen, sondern auch ihr Umfeld oder sogar Personen, die mit dem Terrorismus nichts zu tun haben, zumindest vorübergehend in den Fokus der Sicherheitsbehörden geraten. Genau an diesem Punkt geraten Sicherheit und Freiheitsrechte in Konflikt. Unter dem Sicherheitsgesichtspunkt muss man bereits beim geringsten Verdacht "zuschlagen" und einen nur Verdächtigen inhaftieren oder abschieben. Die Wahrscheinlichkeit, dass bei diesem Vorgehen hin und wieder die "Richtigen" getroffen werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Damit erhöht man zweifelsohne die Sicherheit. Auf der anderen Seite trifft man jedoch mit aller-

größter Wahrscheinlichkeit auch immer wieder solche Personen, die zu Unrecht in einen Terrorverdacht geraten sind, verletzt damit möglicherweise demokratische und rechtstaatliche Prinzipien und ruft neue Feindschaft, womöglich Bereitschaft zum Terrorismus, hervor. Dies wäre im Anti-Terrorkampf zweifellos kontraproduktiv.

Für eine erfolgreiche Bekämpfung des Terrorismus reicht es deshalb nicht aus, nur den Einsatz repressiver Instrumente gesetzlich zu erleichtern. Um dem Terrorismus langfristig mit Erfolg den Boden zu entziehen ist es unerlässlich – und nicht nur ein Gebot der Rechtstaatlichkeit –, die richtige Balance zwischen der Wahrung von Freiheit und Menschenrechten einerseits und der repressiven Bekämpfung von Terroristen andererseits zu finden und einzuhalten.

6 Jugendkongress "Wir im Revier: für Demokratie – gegen Rechtsextremismus"

Rechtsextremismus – was ist das eigentlich? Welche Bands verbreiten rassistische Propaganda? Was kann man gegen Rechtsextremismus tun? Fragen wie diese standen im Mittelpunkt des Jugendkongress "Wir im Revier: für Demokratie – gegen Rechtsextremismus", den die Stadt Dortmund, das Schul- und das Innenministerium NRW am 27. April im Dietrich-Keuning-Haus Dortmund veranstaltet haben. Auf dem Kongress, den der Verfassungsschutz NRW angestoßen hatte, diskutierten rund 150 Schülerinnen und Schüler und setzten ein eindrucksvolles Zeichen für Demokratie, Zivilcourage und Menschenwürde.

Den Auftakt bildete die Gesprächsrunde "Schüler fragen Politiker", an der sich NRW-Innenminister Dr. Ingo Wolf, Schulministerin Barbara Sommer und der Vorsitzende des Schulausschusses im Rat der Stadt Dortmund, Hermann Diekneite, beteiligten. In fünf Arbeitsgruppen ("Infos und Gespräch") nahmen die Schüler(innen) anschließend die rechtsextremistische Szene genauer in den Blick. Referenten des Polizeilichen Staatsschutzes Dortmund berichteten über die Situation vor Ort. Während der Mittagspause präsentierten Behörden und Initiativen ihre Projekte für Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf einem "Markt der Möglichkeiten". Die neun Workshops am Nachmittag spiegelten vielfältige Formen wider, das Thema – vielfach kreativ – aufzugreifen: darunter die Workshops "Theater gegen Rechtsextremismus", "Videoarbeit gegen Rechtsextremismus", Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen, das Gespräch mit Valentin Frank – einem Zeitzeugen des Nationalsozialismus – in Kooperation mit der Gedenkstätte Steinwache sowie der Workshop "Junge Jüdinnen und Juden in Dortmund heute" in Kooperation mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe. Den Schlusspunkt setzte ein Statement des Fußballnationalspielers Christoph Metzelder (Borussia Dortmund). Den Jugendkongress moderierte der Sportreporter Werner Hansch.

Der Kongress war ein Pilotprojekt, das als Muster für andere Kommunen dienen soll. Die Erfahrungen fielen überaus positiv aus: Die Veranstaltung fand breite Unterstützung bei Behörden, Verbänden, Schulen und Initiativen – das Echo der Schülerinnen und Schüler war sehr erfreulich: In der abschließenden anonymen Befragung beurteilten 48% die Veranstaltung als "sehr gut", 52% fanden sie "gut". In kurzen Statements fassten einige Schüler(innen) ihre Eindrücke zusammen – zum Beispiel Christian: "Eine gelungene Veranstaltung, wo auch mal wir zu Wort kommen können! Sehr informativ und interessant!" oder Nicoletta und Maria: "Für unsere Schule ist diese Veranstaltung besonders interessant, es gibt einen hohen Ausländeranteil, und wir hoffen als SV viel an unsere Mitschüler weitergeben zu können von dem, was wir heute gelernt und erfahren haben!"

Zielgruppe: "peer leaders"

Zielgruppe des Jugendkongresses waren jugendliche Multiplikator(inn)en – so genannte "peer leaders". Die Veranstaltung richtete sich in erster Linie an Schülersprecher(innen), Klassensprecher(innen) und Vertreter(innen) von Schülerzeitungen aller weiterführenden Schulen in Dortmund (einschließlich der Förderschulen). Auf diese Weise setzte die Veranstaltung auf einen Schneeballeffekt und auf eine Breitenwirkung über den – notwendigerweise begrenzten – Kreis der Teilnehmenden hinaus. Vorrangiges Ziel war es nicht, rechtsorientierte Jugendliche zu erreichen und deren Auffassungen zu ändern, sondern enga-

gierte Schüler(innen) genauer zu informieren, in einer demokratischen Haltung zu stärken und sie zu ermutigen, in ihrem Umfeld Position zu beziehen.

Die Vorgaben zum Alter der Teilnehmenden trugen einem Zielkonflikt Rechnung: Einerseits setzt rechtsextremistische Agitation nicht selten bereits bei Kindern an, insofern ist eine frühe Prävention wünschenswert – andererseits sind für Veranstaltungen wie den Jugendkongress grundlegende Kenntnisse beispielsweise über den Nationalsozialismus erforderlich, zudem setzt die Wahl geeigneter Arbeitsformen eine gewisse Homogenität des Publikums voraus. Das Planungsteam entschied sich für relativ offene Altersvorgaben: Sie sahen Schüler(innen) ab Klasse 10 als Kernzielgruppe vor, gaben den Schulen aber Gelegenheit, auch jüngere Teilnehmende (ab Klasse 8) zu benennen, soweit diese geeignet erschienen.

"Gegen Rechtsextremismus – für Demokratie"

Aufklärung über rechtsextremistische Aktivitäten – die Warnung vor entsprechenden Szenen – und der positive Bezug auf demokratische Werte bilden eine Einheit. Dieser Gedanke war bereits die Grundlage für den Bildungscomic "Andi" (Comic für Demokratie und gegen den Extremismus), den der Verfassungsschutz NRW im August 2005 veröffentlicht hat. Beide Ziele haben sich auch im Programm des Jugendkongresses niedergeschlagen:

- : Aufklärung über Rechtsextremismus: Fragen nach der Ideologie, nach Symbolen und Strategien des Rechtsextremismus standen im Mittelpunkt der Gruppen "Infos und Gespräch". Zu den Zielen zählte die Fähigkeit, den ideologischen Hintergrund jugendkultureller Angebote zu erkennen, mit denen Rechtsextremisten Schüler(innen) gewinnen möchten. Dies gilt für Symbole und (Insider-)Codes, Musik mit – zum Teil subtilen – fremdenfeindlichen Texten und entsprechende Internet-Seiten. Die Aufklärung zum Thema Rechtsextremismus setzte sich vorrangig in drei Workshops am Nachmittag fort, die der Musik mit rechtsextremistischen Texten und dem Ausstieg aus der Szene intensiv nachgingen.
- : Werbung für Demokratie: Der positive Bezug auf demokratische Werte zog sich leitmotivisch durch praktisch alle Programmpunkte des Tages. Die grundlegenden Werte der Demokratie wurden auf drei Aspekte konzentriert:
 - : Schutz der Menschenwürde
 - : Gesellschaftlicher Pluralismus
 - : Argumentatives Austragen von Meinungs- und Interessensunterschieden.

Bereits die Eröffnungsrunde "Schüler fragen Politiker" war von leidenschaftlichen Diskussionen geprägt – insbesondere zu Fragen der Integration und der Demokratie in der Schule. Die Runde hob die Meinungsunterschiede nicht auf, gab aber Gelegenheit Themen, die den Schüler(inne)n wichtig waren; mit hochrangigen Politiker(inne)n zu diskutieren. In den Gruppen "Infos und Gespräch" wurde das Prinzip der Menschenwürde den rechtsextremistischen Materialien gegenübergestellt, die in diesen Diskussionsrunden analysiert wurden. In zwei Workshops standen Argumentationstrainings im Mittelpunkt: gegen fremdenfeindliche Behauptungen und andere Stammtischparolen. Zwei weitere Workshops nahmen die vielgestaltige Dortmunder Gesellschaft in den Blick: Dazu zählte der Besuch in einer Synagoge und in einer Moschee. Auf diese Weise wurde die Empathiefähigkeit der Teilnehmenden für Minderheiten gestärkt – eine Fähigkeit, die die Basis für den Schutz der Menschenwürde ist. Zum Kern der Demokratie zählt auch die Möglichkeit, gesellschaftliche Realität durch eigenes Engagement mitzugestalten (Zivilcourage). Darauf bezogen sich alle Elemente des Jugendkongresses, die Handlungsmöglichkeiten auf-

zeigten – sei es durch Argumente, mit kreativen Methoden (Theater, Video) oder in Vereinen und Initiativen.

"Wir im Revier"

Rechtsextremismus nicht als abstraktes gesellschaftliches Phänomen, sondern konkret zu beleuchten zählte zu den wichtigsten Anliegen des Jugendkongresses. Daher erhielten die Teilnehmenden auch ein aktuelles Lagebild der Szene vor Ort. Dortmund war als Veranstaltungsort keineswegs ausgewählt worden, da dort Handlungsbedarf gesehen wurde, der mit anderen Kommunen nicht vergleichbar wäre. Vielmehr sollte das Pilotprojekt beispielhaft an einem Ort mit aktiver städtischer und zivilgesellschaftlicher Infrastruktur stattfinden. Die Bindung an eine Stadt und eine Region, mit der sich die Teilnehmenden identifizieren, war dagegen gewollt. Der Jugendkongress sollte besonders das Verantwortungsgefühl für das Gemeinwesen vor Ort stärken. Im Programm schlug sich dies durch gezielte (nicht ausschließliche) Informationen über die Situation in Dortmund nieder, die Besichtigung lokaler Einrichtungen, die Beteiligung eines Opfers des Nationalsozialismus aus Dortmund sowie des prominenten Sportreporters und bekennenden Ruhrgebietlers Werner Hansch und des (nicht nur) örtlichen Sympathieträgers Christoph Metzelder. Auch die beteiligten Gruppen und Initiativen auf dem "Markt der Möglichkeiten" machten deutlich, dass vor Ort eine große Bandbreite des demokratischen Engagements besteht.

Information + Erlebnis

Ziel des Jugendkongresses war einerseits die Vermittlung kognitiver Kenntnisse zum Themenfeld Rechtsextremismus. Zum anderen sollte die Veranstaltung Impulse setzen: animieren, das Erfahrene weiterzuerzählen, eigenes Engagement fortzuführen oder zu stärken. Ohne die Informationsfunktion zu vernachlässigen, sollte der Kongress ein Erlebnis darstellen, das Spaß macht und nachwirkt. "Erlebnis" wurde weder als inhaltsleere Unterhaltung noch im Sinne einer ausschließlich emotionalen Erfahrung verstanden – vielmehr sollten die Aspekte Demokratie und Rechtsextremismus in allen Phasen des Tages vorrangig bleiben. Insofern zählte es zu den grundlegenden Zielen der Veranstaltung, der vielfältigen "Erlebnisswelt Rechtsextremismus" eine von Aufklärung und demokratischen Werten geprägte positive Erfahrung gegenüberzustellen. Beispielsweise folgende Faktoren sollten diesen Charakter des Kongresses unterstützen:

- : aktivierende Methoden (beispielsweise Theater)
- : überwiegende Phasen in überschaubaren – vor allem in den Workshops kleinen – Gruppen
- : Orientierung an den Interessen der Teilnehmenden (durch neun Workshops zur Wahl)
- : Verständlichkeit aller Beiträge für alle Teilnehmenden
- : Anschaulichkeit (durch Medieneinsatz und Besuche vor Ort)
- : begrenzte Dauer der Programmpunkte
- : Kommunikationspausen (mittags mit "Markt der Möglichkeiten")
- : angenehmes Setting (freundliche Räumlichkeiten, gute Verpflegung).

Die Beteiligung prominenter Persönlichkeiten und Sympathieträger war in dieser Hinsicht besonders wichtig. Die Chance, mit TV-Reporter Werner Hansch in der Mittagspause ins Gespräch zu kommen oder von Nationalspieler Christoph Metzelder ein Autogramm zu erhalten, waren keine banalen Randerscheinungen, sondern äußerst wünschenswerte Elemente einer Veranstaltung, die in der Balance von kognitiver Aufklärung und Erlebnis stehen sollte.

Staat + Zivilgesellschaft

Der Jugendkongress sollte auch Möglichkeiten ausloten, Kontakt und Kooperation zwischen staatlichen Stellen – auch den Sicherheitsbehörden – und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu stärken. Das Ziel war eine vertrauensvolle, gleichberechtigte und projektbezogene Zusammenarbeit. Diese Bemühungen knüpften an zahlreichen Kooperationen des Verfassungsschutzes NRW zum Thema Rechtsextremismus an, die mit Einrichtungen aus Schule und Wissenschaft oder zivilgesellschaftlichen Gruppen im Rahmen kleinerer Aufklärungsprojekte stattgefunden hatten.

Ein aufwändiges Gemeinschaftsprojekt, an dem pädagogische, polizeiliche und verfassungsschützerische Fachkräfte – Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft beteiligt sind, ist keineswegs selbstverständlich. Vielmehr entspricht es der Erfahrung, dass Berührungspunkte nicht selten sind. Gleichzeitig ist eine Vernetzung viel versprechend, der insbesondere die Kompetenz von Pädagogik und Sicherheitsbehörden zu Gute kommt. Der Jugendkongress war ein Ansatz, auf diesem Gebiet neue und zukunftsweisende Erfahrungen zu sammeln. Er wurde durch eine Planungsgruppe vorbereitet, an der sich Mitarbeiter(innen) aller Kooperationspartner – der Stadt Dortmund (vertreten durch die RAA und das Projekt 'Agenda 21 in der Schule'), des Schul- und des Innenministeriums NRW – beteiligten sowie Vertreter von Organisationen und Initiativen aus dem Jugendbildungsbereich vor Ort (zum Beispiel Vertreter der Aktion 'Schule Ohne Rassismus – Schule mit Courage' und des 'Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks e.V.'). Zu einer Vernetzungskonferenz, die die Idee des Jugendkongresses bekannt machte, wurden für den 24. Januar 2006 Vertreter(innen) der Jugendverbände ins Rathaus eingeladen. Mehrere Teilnehmende haben sich anschließend der Planungsrunde angeschlossen, darunter Vertreter des Jugendrings und des 'Arbeitskreises Dortmund gegen Rechtsextremismus'. Im Nachgang der Veranstaltung beurteilten alle Seiten des Planungsteams die Kooperation als sehr vertrauensvoll und fair – als Nebeneffekt des Jugendkongresses wurde die fachliche Vernetzung zum Thema Rechtsextremismus gestärkt.

Ausblick

Die Erwartungen der Veranstalter an den Jugendkongress haben sich in vollem Umfang erfüllt. Mit dem Kongress liegt das Muster für eine Veranstaltungsform vor, um in jugendlichen Kreisen über Rechtsextremismus aufzuklären und Impulse zu setzen: Die Dortmunder Veranstaltung hat den Teilnehmenden nach eigenem Bekunden Spaß gemacht und sie zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema angeregt. Die Träger des Kongresses und die Planungsrunde würden sich freuen, wenn die Veranstaltung für andere Kommunen ein Anstoß wäre, Ideen aufzugreifen, weiterzuentwickeln und ähnliche Projekte auf den Weg zu bringen. Inhalte und Methoden des Jugendkongresses 'Wir im Revier: für Demokratie – gegen Rechtsextremismus' gehen aus der Online-Dokumentation hervor, die auf dem Jugendportal des Verfassungsschutzes NRW www.andi.nrw.de abrufbar ist. Zusätzliche Informationen fließen in eine gedruckte Fassung der Dokumentation ein. Mitarbeiter des Verfassungsschutzes NRW sind darüber hinaus gerne bereit, Konzept und Ablauf des Jugendkongresses in Kommunen, die eine ähnliche Veranstaltung planen, vorzustellen und zu diskutieren.

7 Wirtschaftsschutztagung in Nordrhein-Westfalen

Am 11. Mai 2006 fand im Innenministerium die Tagung 'Wirtschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen – 2006' statt.

Erstmals seit Vereinbarung der Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität in 2001 informierte der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen auf einer besonderen Tagung über die Gefahren, die von Wirtschaftsspionage, Sabotage und Extremismus für die Wirtschaft in NRW ausgehen.

Know-how-Verluste von deutschen Unternehmen, Gefährdung durch Terroranschläge und Sabotage, Angriffe auf firmeninterne Datennetze, Umsatz- und Gewinneinbußen durch Plagiate – fast täglich wird unsere Wirtschaft mit diesen Schlagzeilen konfrontiert. Die Frage, ob auch die eigene Firma davon betroffen sein kann, und wie man sie vor solchen Angriffen schützt, stellt eine unternehmerische Herausforderung dar, die unter Umständen über die Existenz einer Firma entscheiden kann.

Die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen hatte zu diesem Thema eingeladen, und circa 120 Vertreter nordrhein-westfälischer, bundesdeutscher und internationaler Unternehmen kamen. Sie erhielten aktuelle Lageeinschätzungen und Informationen und konnten zudem von den Erfahrungen profitieren, die Praktiker mit ihren eigenen geschäftlichen Aktivitäten vor Ort gemacht haben. Der bis auf den letzten Platz besetzte Tagungsraum zeigte deutlich, dass diese Veranstaltung den Nerv der Wirtschaft getroffen hat.

Nach der Veranstaltung konnte Innenminister Dr. Wolf ein positives Fazit ziehen:

"Es ist mir wichtig, dass die Wirtschaft in unserem Land bei ihren Geschäftsbeziehungen erfolgreich agieren kann. Dazu muss sie auch über Gefahren aufgeklärt werden. Mit dieser Veranstaltung, die Wissen des Verfassungsschutzes und von Praktikern der Wirtschaft bündelte, haben wir einen guten Beitrag geleistet. Die positive Resonanz ermutigt uns, dieses Angebot fortzusetzen."

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Verfassungsschutz
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/871 - 2980
Telefax: 0211/871 - 161190
bestellung@im.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung des Herausgebers.